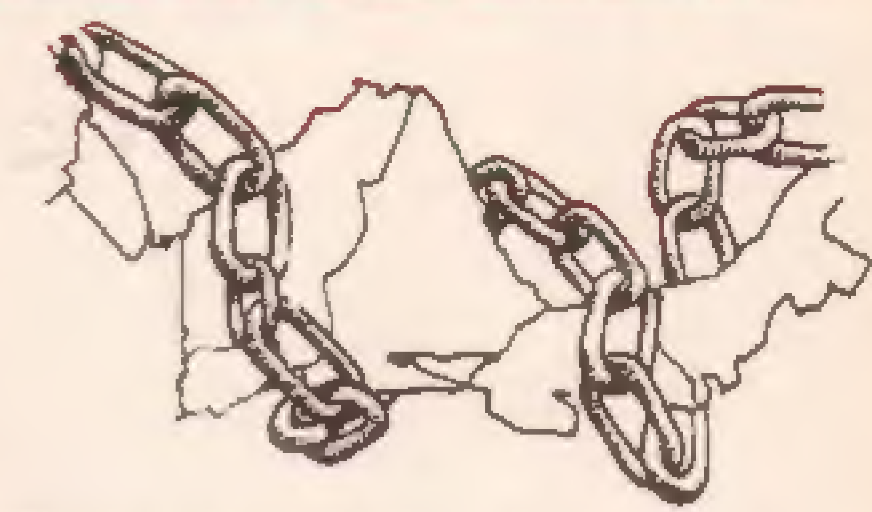
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 47 vom 25. November 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

BRENNPUNKT ZENTRALAMERIKA



Mit der Mobilisierung aller Kräfte antwortet Nicaragua auf die verschärfte, auf die aggressive Politik der USA in Mittelamerika und der Karibik.

Nach der Invasion auf Grenada ist Nicaragua jetzt direkt bedroht. Die von Washington, insbesondere vom CIA und dem Pentagon unterstützten Contras verüben immer öfter Terrorakte gegen das kleine freie Land. Die schon Monate andauernden Manöver der US-Army wurden um weitere Monate verlängert. Nicaragua spannt alle Kräfte an, macht mobil, um seine Freiheit und seine Revolution zu verteidigen.

Mehr dazu, Berichte, Hintergründe: Seiten 10 und 11.

Bundestag tritt Volkswillen mit Füßen

Weg mit den Raketen! Raus aus der NATO!

Die Atomraketen kommen. Gleich nach der Abstimmung im Bundestag machte die Bonner Regierung Meldung in den USA: Der Überflug der bereitstehenden Atomwaffen könne schon am nächsten Tag beginnen.

Während der zweitägigen Debatte zeigten sich die Vertreter der Regierungsparteien als zynische Verächter des Volkswillens. Dabei fielen sie in nahezu unerträglicher Weise über jede präzise formulierte Gegenposition her, was besonders die Abgeordneten der Grünen zu spüren bekamen.

Ein riesiges Aufgebot an Polizei und Bundesgrenzschutz hielt das Parlament umstellt und war auch auf der Tribüne des Plenarsaals vertreten. Während draußen Friedensdemonstranten aus Wasserwerfern beschossen, über 150 Menschen festgenommen und 70 verletzt wurden, wurden vor dem Bundeshaus selbst 15 Fraktionsmitarbeiter der Grünen festgenommen, weil der Polizei ihre Halstücher nicht paßten.

Alle Kriegsgegner in der Bundesrepublik, alle friedliebenden Menschen sind aufgerufen, den Widerstand gegen den Kriegskurs der Regierung zu verstärken.

Das Abstimmungsergebnis kann nicht überraschen. Die Entscheidung für die Stationierung fiel auch nicht erst am Dienstag, sie war für die Regierung schon lange beschlossene Sache. Schon lange auch wußten sie, daß sie mit dieser Entscheidung den deutlichen Willen von mehr als drei Vierteln aller Bundesbürger mit Füßen treten würden. An dieser lebenswichtigen Frage zeigt sich deutlich: Das sind keine Volksvertreter: Das sind skrupellose Machtpolitiker, verpflichtet einzig und allein ihren finanzstarken Geldgebern, den Profiteuren der Hochrüstung und des Krieges. Diese Regierung hat keinerlei Recht auf eine Gefolgschaft zu ihren Beschlüssen zu pochen. Im Gegenteil: Widerstand gegen ihre Politik ist unmittelbare demokratische Pflicht.

Jetzt kommen also die neuen Raketen, zusätzlich zu all denen, die hier schon stehen. Erstschlagwaffen, die den Krieg



wahrscheinlicher machen. Sie müssen hier wieder verschwinden — alle!

Und eines sollte man nicht übersehen: Sie gehören zur Strategie der NATO, des vielbeschworenen westlichen Bündnisses, das die Unionspolitiker nicht umsonst als bedroht bezeichneten, wenn die Stationierung nicht zustandekäme. Eine Strategie der Kriegsführung, wie besonders unlängst bekanntgewordene Dokumente (AirLand Battle zum Beispiel) belegen. Dieses Bündnis schützt uns nicht, es garantiert uns nur, zum Kriegsschauplatz zu werden. Deshalb sagen wir jetzt erst recht: BRD-raus aus der NATO! Ami go home! Abzug aller fremden Truppen!

Unsere Regierung ist nicht einfach aus dummer Gefolgschaft zu Ronald Reagan in diesem Bündnis treu. Sie zieht mit, weil sie die Interessen des westdeutschen Großkapitals hier am besten wahrnehmen kann. Dafür kalkulieren auch sie mit dem Tod von Millionen. Die Regierung und vor allem die Kräfte, die hinter ihr stehen, sind unsere Gegner im Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Raketen, gegen die NATO.

Daß sich diese Einsichten und Forderungen in der Friedensbewegung durchsetzen, dafür treten wir ein. Dabei unterstützen wir jeden Widerstand gegen die beginnende Stationierung. Besonders an den Standorten muß dieser Widerstand in vielfältiger Form zum Ausdruck kommen.

Es bleibt eine zentrale Aufgabe, die Kraft der Arbeiterbewegung in noch viel stärkerem Maße in den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen einzubringen. Volle Mobilisierung in Betrieb und Gewerkschaft zu den bevorstehenden nächsten Aktionstagen tut not. Und das Thema Streik und Generalstreik ist nicht vom Tisch, sondern bekommt erhöhte Aktualität.

IGM Hessen: Tarifkommission fordert 35-Stunden-Woche

Eine politische Schlacht

Als erster IGM-Bezirk wurde am Dienstag in Hessen offiziell von der dortigen Tarifkommission die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erhoben. Damit ist die Auseinandersetzung nun auch von der IG Metall „formal" begonnen worden.

Darüber hinaus fordert die hessische GTK, entsprechend den verschiedenen IGM-Bekundungen, den Ausgleich von Überstunden durch Freizeit. Noch am Montag zuvor hatte Gesamtmetall in hysterischen Tönen vor dieser Forderung „gewarnt".

Mit Sicherheit ist die Forderung nach Überstundenausgleich gerechtfertigt (siehe auch Seite 2 zu den Berechnungen der IGM über die Auswirkungen der Überstundenleistung). Trotzdem bleibt es natürlich eine Schwäche für die Gewerkschaftsbewegung, in diese Auseinandersetzung nicht mit einer gemeinsamen Forderung nach Rationalisierungsschutz zu gehen. **Der IGM-Gewerkschaftstag hatte ja eine entsprechende Forderung des Bezirks Baden-Württemberg abgelehnt (als Franz Steinkühler nicht nur nicht für seinen eigenen Antrag sprach, sondern auch gerade da noch betonte, niemand werde einen Keil zwischen ihn und Hans Mayr treiben — wobei Mayr offen sagt, die Hälfte der Auswirkung der Wochenarbeitszeitverkürzung könne ja eh über die Rationalisierung abgefangen werden).**

Entsprechende betriebliche oder branchenmäßige Forderungen können dies selbstverständlich zum Teil ausgleichen (siehe auch Seite 4), aber ein für die Kampfkraft vollwertiger Ersatz ist dies sicher nicht. Um so mehr muß darauf gedrungen werden, solche zusätzlichen Absicherungen zu fordern und zu erkämpfen.

Währenddessen werden die Töne im kapitalistischen Lager immer schriller, die Forderungen gegen die Gewerkschaftsbewegung immer drohender. Nicht nur, daß sie ihre Regierung zum offenen Kampf anstacheln, zur Einmischung und zur Propagandahetze, sie mobilisieren jeglichen Einfluß und scheuen vor keiner Lüge zurück (wie die IGM beispielsweise an der „Serie" der Bildzeitung gegen die gewerkschaftliche Forderung nachwies).

Um so mehr müssen auch auf der Seite der Arbeiterbewegung alle Kräfte für diesen Kampf, der sich da anbahnt, mobil gemacht werden. Gerade auch die politische Auseinandersetzung um diese Frage ist ein Problem, das keineswegs nur Gewerkschafter angeht, sondern alle Linken — **dementsprechend rufen wir auch alle unsere Leser auf, für diese Forderung überall einzutreten!**

***

Eigenartig?

So mag es schon manchem vorkommen, der nachvollzieht, wie schnell die Metallkapitalisten mit einem Frührente-Vorschlag nachgezogen sind, nachdem Minister Blüm sein entsprechendes Projekt in Bonn durchhatte.

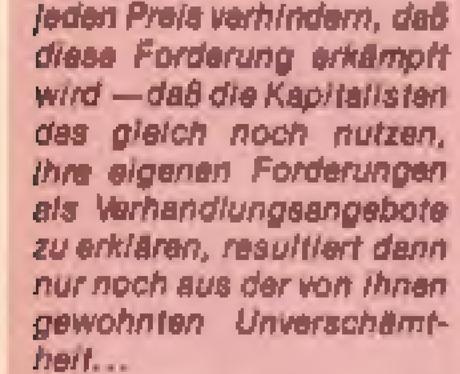
Aber eigenartig ist es nun wirklich nicht, wenn man sich die Sache genauer betrachtet. Weder kam Blüms Entwurf für die Kapitalisten überraschend — hatten sie doch genügend Vertreter in den sogenannten Expertenstäben, die solche Dinge ausarbeiten. Noch war er für sie neu — hatten doch gerade diese ihre Vertreter dafür gesorgt, daß bei Blüms „eigenem" Entwurf sehr viel (oder: alles) von ihren eigenen, lange bekannten Vorstellungen (um es neutral zu sagen) einflossen.

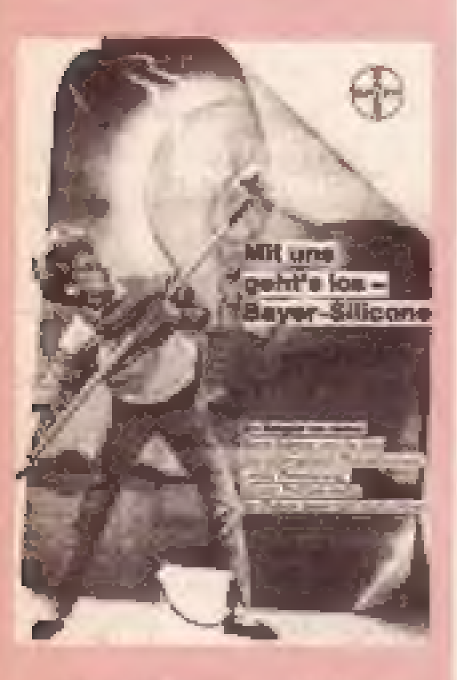
Nein, das gemeinsame Vorgehen von Regierung und Kapital gegen die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist kein Zufall, sondern, wie es auf neudeutsch so schön heißt: Timing. Zeitlich aufeinander abgestimmte Vorgehensweise.

Und das gemeinsame Ziel dabei heißt eben: um jeden Preis verhindern, daß diese Forderung erkämpft wird — daß die Kapitalisten das gleich noch nutzen, ihre eigenen Forderungen als Verhandlungsangebote zu erklären, resultiert dann nur noch aus der von ihnen gewohnten Unverschämtheit...

***

Ach, du Scheiße ...





...da muß man sich was einfallen lassen!

Bundesbahn: Sehr klein und ziemlich fein?

Gegen eine Bundesbahn, die nach dem Motto „klein aber fein" kaputtsaniert werden soll, hat die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands Protestaktionen durchgeführt.

Die neuesten Planungen der Kohl-Regierung sehen bis 1990 den Abbau der Personalkosten um 30 Prozent vor (besonders gefeiert wurde dabei die Erkenntnis, daß es ja noch 74000 „kündbare" Beschäftigte gäbe) und die Reduzierung des Streckensystems um 33 Prozent.



Begleitet von immer höheren Preisen für den Pendlerverkehr und wachsenden Vergünstigungen für die Unternehmensnutzung, der Ausgliederung von Busstrecken und der Förderung der privaten Speditionen ergibt dies am Ende neben neuen Arbeitslosen und geringerem Einkommen auch eine Bundesbahn, die nicht mehr die ist, die sie einmal war. Zumindest nicht für die breite Masse der Bevölkerung...

„Rettet das Ruhrgebiet"

DGB-Demonstration

Abschlußkundgebung: Freitag, 2. Dezember, 17.30 Uhr Duisburg

Zu der vom DGB organisierten Demonstration mobilisieren die Einzelgewerkschaften im Montanbereich und Ortskartelle (z. B.: ab Dortmund um 14.30 Uhr mit Bussen). Die Landesbezirksleitung Ruhr der KPD ruft zur Beteiligung auf.

Kurz berichtet

Überstunden und Arbeitslosigkeit

Nach einem kürzlich in der Zeitschrift „Metall" veröffentlichten Bericht wurden im letzten Jahr rund 2 Milliarden Überstunden geleistet.

Dies ist, so die IGM-Zeitung, in etwa dieselbe Größenordnung wie im Jahre 1960, als der Kampf um die 40-Stunden-Woche geführt wurde. Legt man die Zahl der geleisteten Überstunden um auf die Normalarbeitszeit, so ergäbe eine Beseitigung von Überstunden eine Zahl von 1,2 Millionen neu einzustellender Arbeitskräfte.

Eine Darstellung, gegen die sich bereits verschiedene Kapitalistenverbände vehement gewandt haben. Das wäre alles — was auch sonst — viel zu teuer, unmöglich, unmachbar. Für machbar halten es die Kapitalisten dagegen, die beschäftigten Arbeiter durch immer weitere Rationalisierung und den von ihnen so heiß ersehnten „flexiblen Arbeitszeitregelungen" noch mehr auszupressen. Wenn dann im Alter immer mehr Menschen immer schneller arbeitsunfähig werden, müssen sie halt auf Rente. Wenn dann die Rentenversicherung immer weniger zahlen kann, ist dies dann eben das Problem der Rentner — das ist die kapitalistische Logik.

BRD: Gutes Feld für Kapitalisten

In einer Untersuchung der britischen Wirtschaftsforschungsfirma EIU wurden die Bedingungen für Betriebe bis zu 500 Beschäftigten in den zehn EG-Staaten verglichen. Ergebnis: Der beste Standort ist die Bundesrepublik.

Dieses Ergebnis mag überraschend klingen, wenn man die ständigen Wehklagen des westdeutschen Kapitals in den Ohren hat, wie schlecht es den armen Unternehmern hierzulande ginge. Und wenn man weiß, daß in solchen Staaten wie Irland teilweise ganz massive Steuerbegünstigungen die Ansiedlung neuer Betriebe ankurbeln soll.

Aber die EIU-Forscher berücksichtigten sechs Faktoren: Arbeitskosten, Bau- und Mietkosten, Steuern, Zugang zu Kapital- und Kreditmärkten, wirtschaftliche Allgemeinaktivität und die jeweilige wirtschaftliche Gesetzgebung für Betriebe dieser Größenordnung. Und dabei stand am Ende eben die BRD — mit Abstand — an erster Stelle. Die Studie soll im Dezember auch in der BRD veröffentlicht werden — bereits jetzt wurde sie von westdeutschen „Wirtschaftsfachleuten" (!) kritisiert. Verständlich, denn sie spräche ja gegen die ewigen Wehklagen der Reichen in diesem ihren Land.

Indische Lohnkosten und japanische Produktivität als Ziel solcher Bestrebungen wären wohl für die Herren Kapitalisten wünschenswert — wobei man voraussetzen kann, daß sie, einmal erreicht, immer noch zu „hoch" wären (oder, entsprechend, zu „niedrig"), weil sich in Indien und Japan die Dinge ja dann auch — auf Druck der Reichen — entwickelt hätten ...

Bleibt jedenfalls die Schlußfolgerung, daß die Bezahlung solcher Dinge wie die 35—Stunden-Woche das Problem der Kapitalisten sein muß. Dazu müssen sie gezwungen werden.

Frührente statt 35-Stunden-Woche?

Arbeitszeitverkürzung: Blüms Trick

Auf eine Art Frührente einigte man sich im letzten der zahllosen „Spitzengespräche" zwischen Blüm, Stoltenberg und Lambsdorff. Es ist ein Modell entworfen worden, das sich zunächst ziemlich eng an das von der rechten sozialdemokratischen Fraktion im DGB ausgearbeitete Konzept von der „Tarifrente" anlehnt. Zweierlei soll ganz offensichtlich mit dieser Maßnahme erreicht werden: Zum ersten soll die Regierung sozusagen endlich einmal „Profil" zeigen, mit Maßnahmen, die sich gegen die Massenarbeitslosigkeit richten. Zum zweiten soll aber auch der Keil der Spaltung in den gewerkschaftlichen Kampf um Arbeitszeitverkürzung noch tiefer hineingetrieben werden.

Trotz einer solchen Aussage muß man sich mit diesem Vorschlag aus verschiedenen Gründen differenziert und konkret auseinandersetzen. Vor allem deshalb, weil es natürlich nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Wunsch, früher in Rente zu gehen, durchaus breit vorhanden ist. Und: daß dabei auch mit einer gewissen Bereitschaft, dafür auf einige Prozent Rente zu verzichten, gerechnet werden muß. Frontale Ablehnung ohne inhaltliche Auseinandersetzung beschwört also nur die Gefahr einer überflüssigen Konfrontation hervor, unter den Werktätigen selbst — und ohne Zweifel hätten die Autoren dieses Vorschlags damit bereits eines ihrer Ziele in gewissem Umfang erreicht.

Am vergangenen Wochenende sah die Sachlage so aus, daß eine Verrentung mit 59 Jahren (statt wie vorher lange diskutiert schon mit 58) ermöglicht werden soll, wobei mit Bezügen in Höhe von 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens gerechnet werden könne.

Es sollen hier, im Rahmen einer ersten Auseinandersetzung mit dieser Vorgehensweise nachdem sie praktisch geworden ist, gar nicht alle Aspekte berücksichtigt werden — so etwa Berechnungen darüber, was denn von diesen 70 Prozent in Wirklichkeit zu halten ist, was davon „cash" übrig bleibt usw.

Es soll hier zunächst ausreichen festzuhalten, daß dies natürlich erst einmal eines ist: Ein erheblicher Einkommensverlust (in jedem Vergleich) für die Betroffenen.

Zudem ist das, was bisher über die Finanzierung dieser Maßnahme veröffentlicht wurde ganz eindeutig eine Hilfestellung für die Unternehmer. Eine Bezahlung aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung oder auch der Rentenversicherung entlastet natürlich die Kassen des Kapitals (im Vergleich zu jeder anderen Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung) erheblich. Von daher keine Überraschung, daß sich in einer Umfrage 80 Prozent der befragten Unternehmer für diese Art von Arbeitszeitverkürzung aussprachen.

Eine Finanzierung die, das sollte man hier unterstreichen, auf dem Hintergrund einer erneut wachsenden finanziellen Knappheit der Rentenversicherung geplant wird und die, in dieser Weise durchgeführt, das gesamte Zahlungsgefüge weiter verschlechtert.

Also handelt es sich keinesfalls um eine irgendwie geartete „klassenneutrale" Lösung, sondern eine, die auf doppelte (wenn nicht durch Engpässe in der Rentenkasse provoziert sogar dreifache) Weise von den Werktätigen bezahlt wird. Denn die Unternehmer müssen ja nur nachweisen, daß sie diesen einen betreffenden Arbeitsplatz eines Frührentners neu besetzen, dann sind sie finanziell aus dem Schneider — es wird keinerlei Berechnung über Arbeitsplätze im Unternehmen insgesamt vorgesehen.

In der innerbetrieblichen Auswirkung läßt sich dies als eine Maßnahme darstellen, die Belegschaft im Interesse des Kapitalisten zu verjüngen, ohne für die entsprechenden Kosten aufkommen zu müssen.

Ein weiterer Aspekt dieser Maßnahme, der hier nur angedeutet werden soll, sind ihre Auswirkungen auf etwaige Sozialplan-Maßnahmen in Krisenbranchen. Mit einer Einengung der oft praktizierten „59er Arbeitslosigkeit" — und zwar nicht entgegen den Unternehmerinteressen, sondern eben entgegen der Interessen der betreffenden Arbeiter und Angestellten — ist hier zu rechnen.

Soweit also dieser ganze Bereich der Finanzierung, der Renteneinkommen und der knapp angerissenen Perspektiven einer solchen Entwicklung.

Es ist also, zusammenfassend zugesagt, eine Maßnahme, die die Möglichkeit einer früheren Verrentung durch beträchtliche finanzielle Verluste der Werktätigen bezahlen läßt und den Spielraum der Kapitalisten erweitert.

Aber auch ein anderer Aspekt muß noch berücksichtigt werden. Der nämlich, wo behauptet wird, dies sei — in Alternative eben zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche — ebenfalls ein wichtiger Beitrag, um Fortschritte beim Abbau des Arbeitslosenheeres zu erzielen.

Dagegen sprechen, schon allein auf der Ebene der Statistik, die nackten Zahlen. Bei der Diskussion um Blüms ursprünglichen Vorschlag, eine Frührente mit 58 einzuführen, war dies schon deutlich geworden, umso deutlicher wird es beim Rentenalter 59. In zahlreichen Branchen gibt es bereits verschiedenste Regelungen, die dazu geführt haben, daß die Zahl der Belegschaftsmitglieder in diesem Alter, wenn nicht bereits bei Null, liegt, so doch dahin strebt. In der Stahlindustrie ist dies natürlich am deutlichsten, dort wird man wohl kaum einen finden, der 58 oder 59 Jahre alt ist, in anderen Krisenbranchen könnten dies ebenfalls höchstens Ausnahmen sein, denn die getroffenen Sozialplanvereinbarungen sprechen Bände. Aber eben auch in anderen Bereichen, die zur Zeit nicht so scharf von einer direkten Absatzkrise oder Strukturkrise erfaßt sind, ist diese Entwicklung, wenn auch nicht so krass, ähnlich. Errechnet wurde, daß es rund 850000 Menschen gibt, die 58 oder 59 Jahre alt sind und noch arbeiten — die 59jährigen allein sind natürlich dementsprechent weitaus weniger. Und diese Maßnahmen werden ja immer weiter ausgedehnt, so daß auch in kommenden Jahren nur mit sehr begrenzter Wirkung zu rechnen ist.

Frührentner gibt es andererseits genug: Bekannt ist schließlich die Zahl, daß lediglich 48 Prozent aller Arbeiter das Rentenalter aktiv im Arbeitsleben erreichen. Die anderen sind entweder durch kapitalistische Arbeitsbedingungen krank, behindert oder: tot. Und dies ist eine Tendenz, die sich gerade mit den laufenden Rationalisierungwellen bestimmt nicht verringern wird ...

Hier wird im doppelten Vergleich deutlich, was eben der Unterschied ist, zwischen der Forderung nach 35 Stunden Wochenarbeitszeit und der jetzt so massiv ins „Spiel" gebrachten früheren Rente. Während dort, jeweils rein rechnerisch betrachtet, 12,5 Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen würden, wären es hiermit noch nicht einmal 2,5 Prozent. Das zum einen.

Zum anderen: die 35-Stunden-Woche muß in Wirklichkeit auch eine Verringerung der Belastung durch die Arbeit bedeuten (durch verschiedenste Arten von Rationalisierungs-Schutzabkommen), die Frühverrentung wirkt einer gesteigerten Ausbeutung in keinster Weise entgegen.

Zudem: Mehr Freizeit im ganzen Leben ist mit Sicherheit für alle Werktätigen wesentlich interessanter, als nur am Ende — noch kaputter als bisher — länger Rentner zu sein. Wenn man es schon alternativ sehen will, dann gerade hier in diesem Bereich.

Was sich, selbst in dieser relativ kurzen Darstellung, aus diesen Tatsachen für eine Schlußfolgerung ziehen läßt, ist eindeutig: Die frühere Rente ist in keiner Weise eine für die Arbeitnehmerschaft annehmbare Alternative zur 35-Stunden-Woche. Weder, was die Schaffung von Arbeit, noch was das Einkommen bzw. die gesamte Finanzierung der Maßnahme, noch was die Lebensgestaltung anbetrifft.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als zentrale wirtschaftliche Forderung der heutigen Gewerkschaftsbewegung ist durch nichts zu ersetzen. Auf seine politische Bedeutung soll hier nicht eingegangen werden.

Andererseits wäre es, wie vorher gesagt, mit Sicherheit ungünstig, hier eine Front in der Auseinandersetzung gegen frühere Rente an sich zu eröffnen, wie es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aber durchaus Tendenzen gibt. Und es ist nicht nur ungünstig, sondern auch falsch.

Die Forderung nach einem früheren Rentenalter kommt schließlich ebenfalls aus der Arbeiterbewegung. Und daß sie mehr als gerechtfertigt ist, wird wohl kaum jemand — außer Kapitalisten und Reaktionären — bestreiten. Sicher muß dabei für eine Finanzierung eingetreten werden, die eben nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geht, aber dies ist etwas anders als „an sich" dagegen zu argumentieren. Die richtige Haltung zu diesem „Blüm-Trick", mit dem er natürlich versucht, den Keil der Spaltung tiefer in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen, indem er auch ganz bewußt in seiner Argumentation an den Plänen der rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer à la Döding usw. anknüpft, ist es, zu sagen: Frühere Rente, gut. Wenn sie anständig bezahlt wird. Und jetzt: Her mit der 35-Stunden-Woche! So kann man ein solches Taktieren verhindern, eine weitere Spaltung vermeiden und in einer offen geführten Auseinandersetzung auch jene Gewerkschaften im DGB, die von ihren rechten Führern auf andere Geleise geführt wurden (und teilweise auch: gezwungen wurden), erneut in Zugzwang zu bringen.

Blüm möchte gerne, daß sein Trick mit der Rente als das Zuckerbrot betrachtet wird, nachdem Kohl in der letzten Woche mit seinen Ausfällen und Beschimpfungen der 35-Stunden-Forderung auf plumpe Weise die Peitsche schwang — das soll ihm nicht gelingen. Wie weit ihm das aber gelingen wird, wie weit er sich als „populärer" Minister in dieser Regierung des Großkapitals profilieren kann, das hängt auch in ganz entscheidendem Maße von der Haltung der Gewerkschaftsbewegung dazu ab — wie deutlich, wie konkret und wie abgesichert die 35-Stunden-Woche gefordert wird, mit welchen Bedingungen, und wie die frühere Rente behandelt wird. Bereits die „Tarifrente" mußte — und wurde zumeist — so differenziert behandelt werden, das gilt auch jetzt.

Eine Untersuchung der Krankenhausgesellschaft weist nach:

Wie man als Chefarzt Millionär wird . . .

Die Kostensteigerung in den Krankenhäusern war lange Jahre ein bevorzugtes Thema all derer, die Propaganda für den Sozialabbau machten, für Versicherungseinschränkungen im konkreten Fall. Eine konkrete Betrachtung etwa der Geschäfte der Pharmakonzerne hatte da schon immer ein anderes Bild als das einer durch „Naturgewalten" hervorgerufenen Teuerung gebracht. Aber auch eine differenzierte Betrachtung der Krankenhauskosten selbst, wie es jetzt die Deutsche Krankenhausgesellschaft getan hat, bringt da einiges ans Tageslicht ...

Je größer das Krankenhaus, desto teurer der Aufenthalt, heißt eine — naheliegende — Schlußfolgerung der Untersuchung. Was natürlich zum einen viel mit der Ausrüstung zu tun hat und hier einmal ausgeklammert werden soll.

Im letzten Jahr kostete der „Tagesaufenthalt" in einer Universitätsklinik runde 480 Mark. Der Durchschnittspreis lag bei 237 Mark. Auch bei der Steigerungsrate in dem Zeitraum seit 1978 liegen die Unikliniken mit 50 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 40 Prozent. Etwa 69 prozent der Gesamtkosten machen die „umgelegten" Personalkosten aus. Wobei auch hier die Steigerungsrate bei ärztlichen Diensten weitaus höher liegt als der Durchschnitt. So weit einiges an allgemeineren Zahlen, die nötig sind, um die Bedeutung des Kommenden verstehen zu können.

Bei all diesen so gewaltig angestiegenen Kosten, insbesondere eben der ärztlichen Personalkosten, ist ja das gesamte Privatpatientenwesen der Herren Chefärzte und auch (wie die Krankenhausgesellschaft herausstellt) Oberärzte ausgeklammert. Für diesen Bereich gibt es eine eigene Abrechnung. Dafür müssen diejenigen Topärzte, die im Krankenhaus ihre Privatpatienten betreuen dürfen, einen Kostenausgleich an den jeweiligen Träger erstatten.

Pro Tag und Patient wurden hier im letzten Jahr sage und schreibe 1,55 Mark (in Worten: eine Mark und fünfundfünfzig Pfennige) erstattet.

Und das bei durchschnittlichen Kosten (um Extremfälle einmal auszuklammern) von 237 Mark im üblichen „Gesundheitsvollzug".

Da kann man Kosten für besonderen Aufwand mit Privatpatienten doch als in die allgemeinen Kosten überschrieben vermuten. Und auf der anderen Seite gibt es viel Spielraum für die Abrechnung der Personal- und Medizinkosten überhaupt.

Je teurer die Krankenhäuser werden, und das ist keine Schlußfolgerung, sondern eine bescheidene Tatsache, desto reicher werden die Chef- und Oberärzte. Kein Chefarzt, so ein Experte der Gesellschaft, der nicht allein mit seinen Privatpatienten eine runde Million im Jahr macht. Alles klar? Chefarzt müßte man sein, oder wie? Die andere Alternative heißt, für ein Gesundheitswesen einzutreten, in dem die Krankheit kein Profitmittel für Konzerne und Chefärzte ist.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

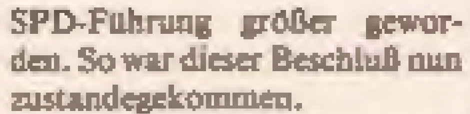
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 38 91 und 43 38 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

SPD-Parteitag zur „Nach"rüstung

Gegen Stationierung — für nix?

Der Parteitag der SPD am vergangenen Wochenende lief so ab, wie es vorauszusehen war. 97 Prozent der Delegiertenstimmen gegen Stationierung, Helmut Schmidt und einige seiner Exminister wie Apel, Matthöfer und Leber eine kleine Minderheit. Und der massive Versuch, dies eben nicht als eine Veränderung der SPD-Positionen seit dem Münchner Parteitag oder auch dem Dortmunder Wahlparteitag erscheinen zu lassen. Und vor allen Dingen: ein Beschluß, verbunden mit massiven Bekundungen zur NATO und zur staatstragenden Rolle der Partei.

Spätestens nach der offiziellen Beteiligung der SPD an den Volksversammlungen im Oktober war ein solcher Ausgang der Abstimmung klar zu erwarten gewesen. Nach dem Hinauswurf der SPD aus der Regierung in Bonn war einerseits die Stimmung in breiten Teilen der Partei und ihrer Anhängerschaft gegen den sogenannten Doppelbeschluß mit dem Argument des Stützens der Regierung natürlich nicht mehr haltbar gewesen, andererseits war selbstverständlich damit auch der taktische Spielraum für die SPD-Führung größer geworden. So war dieser Beschluß nun zustandegekommen.





Bei der Bundestagsdebatte wird man also dagegen argumentieren, bei der Abstimmung dagegen sein. Mit Sicherheit, und dies muß man allen sektiererischen Auffassungen immer wieder entgegenhalten, trägt dies dazu bei, die Haltung der Sozialdemokraten im positiven Sinne zu verstärken. Tatsache aber bleibt, daß jene Kreise in der SPD, die den Worten auch Taten folgen lassen wollen, die die politischen Konsequenzen einer solchen Haltung gezogen sehen wollen, auf diesem Parteitag keinen Erfolg erzielen konnten.

Was schon anhand der Haltung verschiedener SPD-Abgeordneter zur Volksbefragung deutlich wurde, daß sie nämlich solche Dinge ablehnten (zum Teil mit ähnlichen Argumenten, mit denen am Wochenende bei den Grünen in Duisburg eine Entscheidung über einen Volksentscheidantrag verschoben wurde), wird jetzt noch klarer. Für den Widerstand, für den Kampf hat man nichts beigetragen.

Weder wurde ernsthaft die Diskussion um die BRD in der NATO geführt oder auch nur entsprechend angesprochen, noch wurde zum Widerstand gegen Rüstungs- und Kriegspolitik mehr gesagt, als daß er keinesfalls die Grenzen der Legalität überschreiten dürfe.

Das Bemühen war, etwa bei Jochen Vogel, auch sehr stark deutlich, solche Debatten erst gar nicht aufkommen zu lassen — wofür es zu spät sein dürfte, wenn man die Debatten in manchen SPD-Gliederungen betrachtet. Man ist also gegen Stationierung, aber für keine Widerstandsformen, so läßt sich dieser Parteitagsbeschluß erst einmal auslegen. Was nun aber nicht heißt, daß es da nichts gäbe, wofür die SPD-Führung eintritt. Das geschah zwar nur sehr allgemein und mit vielen Andeutungen und Anspielungen versehen, aber die Richtung wurde trotzdem sichtbar: Für ein größeres europäisches Gewicht innerhalb der NATO, im Spiel der Supermächte. „Willy de Gaulle" konnte einem da einfallen, wenn man Brandts Rede etwa hörte.

Das ist mit Sicherheit eine Losung, die so keineswegs zur Sicherung des Friedens beiträgt, wenn man sich alleine die Politik Großbritanniens, Frankreichs oder der BRD anschaut. Ein „größeres Gewicht" der westeuropäischen imperialistischen Mächte würde bestenfalls gewisse taktische Veränderungen an der kriegstreibenden Rolle der NATO bewirken, aber keine Veränderung dieses aggressiven Bündnisses.

Es ist zu erwarten und zu hoffen, daß dieser Parteitag zu weitergehenden Debatten innerhalb der SPD führen wird, die sich genau mit jenen Fragen beschäftigen, die die Parteistrategie so sorgfältig ausgeklammert wissen wollte.

„Bild-am-Sonntag"-Ente?

Niggemeier: Rief er Reagan nach Grenada?

Die Sache mit den Hilferufen, die stets angeführt werden, wenn eine Invasion gerechtfertigt wird, hat in der letzten „Bild am Sonntag' eine neue Variante erfahren. Nach einem Bericht dieses — nun allerdings wahrlich nicht eben zitierfähigen — Springerblattes soll der stellvertretende Vorsitzende der IG Bergbau und Energie (in Tateinheit mit der Chefredaktion der IGBE „Einheit") bekanntgegeben haben, daß es er und seinesgleichen waren, die nach Reagans Überfall auf Grenada riefen.

Nun: Wenn es nicht so wäre, daß so einer Haltung größte Wahrscheinlichkeit beizumessen ist, dann könnte man dies eben als „Bild"-Ente abtun. Aber nicht nur, daß den Niggemeiers so etwas zuzutrauen ist, er hat auch ganz persönlich schon verschiedene Male die Bildzeitung benutzt, um seine Ansichten öffentlich kundzutun.

Was „Bild" berichtet: Niggemeier habe gesagt, daß bei dem Putsch gegen Bishop auch zwei Gewerkschaftsführer ermordet worden seien (was stimmt) und daß deshalb der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (in dem natürlich die amerikanischen Gewerkschaften und der DGB eine besondere Rolle spielen) nicht nur seinen Protest geäußert habe, sondern auch gefordert habe, Maßnahmen gegen das aus dem Putsch hervorgegangene Regime auf Grenada zu unternehmen.

Wozu dreierlei zu sagen ist:

1. Tatsache ist, daß auch der langjährige Diktator Grenadas Gairy ein sogenannter Gewerkschaftsführer war, der vom IBFG anerkannt worden war.

2. Wenn das Grund für Invasionsforderungen wäre, warum fordert Niggemeier dann nicht irgendeinen (?!) Einmarsch in die Türkei beispielsweise?

3. Ein Appell ausgerechnet an die Reagan-Regierung, etwas für die Gewerkschaftsfreiheit zu tun, ist ja wohl im Angesicht der Politik dieser Leute, nicht nur international , sondern auch im eigenen Land, fast nur noch als Zynismus zu verstehen.

Ein Mann, der sich als Verdienst anrechnen lassen will, stets gut mit den Kapitalisten zusammengearbeitet zu haben (früher konnte er noch mit Aussichten auf Anklang behaupten, dies geschehe zum Wohl der Bergleute, heute, wenn er so weiter macht, gibt es bald keine mehr), der bringt natürlich auch den „Mut" auf, sich mit einer Anstifterrolle für die Invasion einer imerpialistischen Supermacht auf ein kleines, um den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfendes Land auch noch zu rühmen. Daß er sich dabei auf das Treiben der Putschisten berufen kann, ist schlimm genug — aber auch er kann nicht vergessen machen, daß dieser — ob gewollt oder nicht — konterrevolutionäre Putsch nur der willkommene Anlaß für lange gehegte Invasionspläne war.

So ist Niggemeiers „Bild"-Bekundung denn auch nur ein Beweis dafür, daß es eben solche Gewerkschaftsführer gibt: Die nicht etwa halbherzige Kritik an Kriegsvorbereitungen üben, sondern ganz konkrete Kolonialkriege einer imperialistischen Großmacht beklatschen.

Erneut Reform gefordert:

20 000 In Untersuchungshaft — unnötigerweise

Der „Arbeitskreis Strafprozeßreform" des Deutschen Anwaltvereins hat erneut, mit einem von ihm ausgearbeiteten Gesetzesentwurf, eine wesentliche Veränderung der Praxis der Untersuchungshaft gefordert. Schon zu Beginn dieses Jahres war bekannt geworden, welche Ausmaße die Festnahmen in der BRD angenommen haben. Der Arbeitskreis unterstrich nun nochmals, daß alleine im Jahr 1981 rund 20000 Menschen — verschieden lang — in Untersuchungshaft saßen, ohne nachher zu einer Freiheitsstrafe (oder aber zur Bewährung) verurteilt zu werden.

Wenn also nachprüfbar allein in einem Jahr 20000 unnötigerweise in Untersuchungshaft saßen, so ist dies wahrlich Grund genug, sich mit diesen Vorgängen zu befassen.

Die Hauptforderungen des Entwurfes des Anwältearbeitskreises sind: Die zeitlich begrenzte Untersuchungshaft (wobei die Höchstregelzeit sechs Monate betragen soll und nur in Ausnahmefällen auf Zwei Jahre ausgedehnt werden können soll), festgesetzte Haftprüfungstermine (nicht wie bisher erst nach drei Monaten, sondern spätestens nach 14 Tagen und dann mindestens alle zwei Monate und jederzeit auf Antrag des Gefangenen) und die Einführung eines Justizombudsmannes als Kontrollinstanz.

Polizei und Richterschaft argumentierten — wie immer — gegen diese Zielsetzung. Ihr ewiges, noch nie bewiesenes Argument: Durch die geringere Intensität der Untersuchungshaft sinke die Aufklärungsquote von Verbrechensfällen automatisch ab. Dazu bemerkte ein Sprecher der Anwälte, daß es die Forderung, genau diese Auswirkungen der Untersuchungshaft empirisch zu erforschen, schon lange gäbe. Warum es bisher nicht getan wurde, scheint klar: Weil dieses Argument dann „flachfallen" würde. Justizminister Engelhard ließ nun, im Anschluß an die jüngste Erklärung der Anwälte bekanntgeben, er werde eine Untersuchung der Praxis der Untersuchungshaft anstellen lassen — deren Ergebnis dann Ende 1985 (!) vorliegen würde.

Für die Zehntausenden, die bis dahin noch unnötigerweise in Untersuchungshaft sitzen, werden weder ein Trost noch der Beweis besonderer „Rechtsstaatlichkeit". Noch ein Riegel gegen die wachsende Zahl willkürlicher Festnahmen.

Aus „Voran", Betriebszeitung der KPD bei Ford/Köln

Kein Krieg ohne Ford

Unter dieser Überschrift veröffentlichten die Genossen von Ford in Köln in der neuesten Ausgabe ihrer Betriebszeitung einen ausführlichen Artikel, in dem die Rolle des Ford-Imperialismus, das sich stets den Anschein geben wollte und will, friedlicher als andere Kapitalisten zu sein, bei den verschiedenen Kriegen und heute aufgezeigt wird. Ein recht gutes — und informatives — Beispiel dafür, wie man in Betriebszeitungen solche Fragen auch ansprechen kann und soll.

Henry Ford hat sich in Worten stets gegen den Krieg ausgesprochen. Die Geschichte der Ford-Werke zeigt aber, daß Ford stets mitgemischt hat, wenn durch Krieg Profit zu machen war. Am 3. Dezember 1941 sagte Henry Ford (I): *„Ich hasse den Krieg, wie ich ihn immer gehaßt habe."* Während er das aussprach, hatte er bereits Verträge über Kriegsproduktionen im Werte von 480 Millionen Dollar (2,4 Mrd. Reichsmark) in der Tasche. Und das war erst der Anfang! Insgesamt bauten Ford USA und Kanada bis 1945 folgendes Kriegsmaterial in seinen Werken:

387737 militärische Fahrzeuge, z. B. verschiedene Lastwagen, Jeeps;
1202 Flakgeschütze,
2718 Panzer,
26954 Motoren für Panzer,
4291 Lastensegler,
57851 Flugzeugmotoren und
8685 Bomber (B24).

Mit „Zivilfahrzeugen (PKW und LKW) hatte Ford schon Kriegserfahrung. Als Franco in Spanien gegen die gewählte Regierung putschte, lag das Ford-Werk Barcelona im regierungstreuen Gebiet und produzierte weiter. Das hinderte Ford aber nicht daran, über Portugal die faschistischen Franco-Truppen zu beliefern. Profit scheffelte Ford so auf beiden Seiten.

Für Hitler empfand Henry Ford Sympathie. Es wurde ihm gelohnt, als er am 30. Juli 1938 (zu seinem 75 Geburtstag) das große Verdienstkreuz vom Nazi-Vizekonsul bekam und annahm.

Das Kölner Werk übernahm nahtlos die Lieferung von Fahrzeugen in Länder und Gebiete, in die die Hitler-Truppen ihre Fußstapfen gesetzt hatten (auf Kosten der englischen Werke). Henry Ford in Dearborn war es egal, woher der Rubel rollte.

In einem widersetzte sich Ford allerdings (erfolgreich) den Forderungen der Nazis, die dieStandardisierung von Ford-Ersatzteilen mit denen anderer „im Reich" verlangten. Das Ersatzteilgeschäft wollte Ford alleine machen.

Dem Verlangen der Nazis nach ausschließlichem Bau von LKWs kam Ford gerne nach, auch wenndas im Nachhinein bestritten wurde. Ford hatte dabei Profite gemacht wie nie zuvor. Überhaupt war die LKW-Produktion vor dem Krieg die Blütezeit des Kölner Werkes.

So hat Ford es auch im zweiten Weltkrieg geschafft, beide kriegsführenden Seiten zu beliefern.

Als amerikanisches Werk in Deutschland hatte das Kölner Werk noch einen wichtigen Vorteil: Obwohl kriegswichtiger Betrieb, wurde es weder von amerikanischen noch von englischen Flugzeugen bombardiert.

Allerdings wurde doch ein Teil des Kölner Werkes zerstört, weil die Nazis in ihrer Politik der verbrannten Erde Teile des Werkes beim Rückzug sprengten.

Was nach dem zweiten Weltkrieg wichtig war für Ford: Rechtzeitig dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Rüstungsaufträge laufen. Henry Ford II, der Enkel des Firmengründers, wurde während des Krieges zur amerikanischen Luftwaffe geschickt. Für ein flugzeugproduzierendes Werk eine wichtige Maßnahme. Ausgemustert, übernahm Henry II die Firmenleitung. 1960 wurde Robert McNamara Präsident der Firma. Anschließend wechselte McNamara nach John F. Kennedy und wurde „Verteidigungs"minister.

In die Regierungszeit McNamaras fällt auch die Gründung der Ford Aerospace and Communications Corporation, die mit ihren 11000 Mitarbeitern fast ausschließlich für Luft- und Raumfahrt und fürs Militär arbeitet.

Ford hat sich stets die Türen zur Rüstungsproduktion offen gehalten. So erklärt sich auch, daß Ford solch großen Einfluß in der NASA hat und warum Ford in der Lage war, dem größten amerikanischen Rüstungskonzern, General Dynamics, einen 4-Milliarden-Dollar-Rüstungsauftrag wegzuschnappen.

Der Belegschaft eines Werkes kann es nicht gleichgültig sein, was produziert wird. Immerhin dient die Rüstungsproduktion dem Wettrennen zwischen den USA und der Sowjetunion um die Weltherrschaft auf Kosten von wahrscheinlich Millionen von Menschenleben, während die Konzerne ihre Rüstungsprofite machen. Und in einem eventuellen Krieg würde gerade Deutschland das wahrscheinliche Hauptschlachtfeld sein.

Auch heute: Profit mit Aufrüstung

Die Kriegsproduktion ist bei Ford nicht nur Tradition, sondern sehr lebendig.

In der letzten Ausgabe der Ford-Bild-Zeitung „Ford-Report" wurde berichtet, daß Ford seinen 50. Satelliten ins Weltall geschossen hat. Auch schon 1981 hieß es in diesem Blatt: „ „Es ist keine Übertreibung. Ohne Ford geht nichts bei der NASA". Es handelt sich dabei um die Ford Aerospace and Communications Corporation. Diese Ford-Tochter beschäftigt 11000 Leute, davon 1100 im Kontrollzentrum von Houston.

„Ford Report" berichtete allerdings nur die Hälfte. Sie wollten das Interesse der Leser für technische Perfektion nutzen, um den Namen Ford aufzuwerten.

Was „Ford Report" verschwieg, muß man im „Spiegel" nachlesen. Space Shuttle ist nichts anderes als ein amerikanisches Militärprojekt zur Beherrschung des Raumes und des Luftraumes.

Ein Großteil der geplanten Flüge von Space Shuttle ist bereits vom Militär reserviert. Mit dem Space-Shuttle-Programm soll eine perfekte Raumüberwachung aufgebaut werden. „Killer-Satelliten", die andere Satelliten zerstören, sollen von dort ebenso gesteuert werden wie Bodenüberwachungsanlagen.

Bei solchen militärischen Projekten läßt sich für die beteiligten Firmen immer ein guter Schnitt machen.

Fords Riesengeschäft aber ist ein 4-Milliarden-Dollar-Rüstungsauftrag (ca. 10 Milliarden DM), mit dem Ford sogar dem größten amerikanischen Rüstungskonzern den Rang abgelaufen hat.

Ford soll laut diesem Auftrag radargesteuerte 4-cm-Zwillingsgeschütze auf gepanzerten Selbstfahrlafetten bauen (Feuerleistung: 600 bis 1000 Schuß/Minute).

So sichert sich Fort seinen Profit durch den Rüstungswahn, der von den USA und der Sowjetunion betrieben wird, und der, wenn die Waffen benutzt werden, zur Auslöschung von unserem Land führen kann.

Aus einem Interview mit Opel-Betriebsratsvorsitzendem Richard Heller

„Die 35-Stunden-Woche wird der IG Metall nicht in den Schoß fallen"

Die Schweizer alternative Wochenzeitung WoZ führte das im folgenden dokumentierte Interview mit Richard Heller. Wir halten es deshalb für besonders interessant, weil es die Verbindung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche mit dem betrieblichen Rationalisierungsschutzabkommen das der Opel-Betriebsrat ausgearbeitet hat, herstellt. Eine Verbindung, die in ihrer allgemeingültigen Form für die Tarifbereiche der IGM auf dem IGM-Kongreß ja abgelehnt wurde ...

Ende Oktober stellten die Opel-Betriebsräte der Öffentlichkeit ein Programm gegen die negativen Folgen der geplanten Rationalisierungswelle für die Beschäftigten im Opel-Konzern vor. Gleichzeitig will die Branchengewerkschaft IG Metall ihren Kampf um die 35-Stunden-Woche verstärken. Über diese Doppelstrategie sprachen wir mit dem Opel-Betriebsratsvorsitzenden Richard Heller.

WoZ: Ein wichtiger Punkt in dem Ende Oktober vorgestellten „Rationalisierungsabkommen" zur Rettung der Arbeitsplätze bei Opel war die Forderung nach „Ausschluß von Entlassungen aus betrieblichen Gründen". Was bedeutet das konkret?

Heller: Das sind alle vorgetragenen Entlassungsgründe, die nicht im persönlichen Bereich des Arbeitnehmers angesiedelt sind. Darunter fallen die angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen. Wir wissen, daß das eine sehr weitgehende Forderung ist. Das heißt, daß keine Entlassungen mehr akzeptiert werden, es sei denn, es liegen persönliche Verfehlungen des Arbeitnehmers vor, wie etwa Trunkenheit oder Schlägereien.

An der Forderung nach „Ausgleich notwendiger Überstunden durch Freizeit" gab es bereits Kritik an der Basis ...

Wir sprachen ja nur von *notwendigen* Überstunden. Man muß immer auch die Problematik im Betrieb berücksichtigen. Es gibt Fälle von Überstundenarbeit, die nie ganz ausgeschlossen werden können, z.B. notwendige Reparaturen, die nur außerhalb der üblichen Arbeitszeit vorgenommen werden können.

Das Rationalisierungsschutzprogramm wird mit Sicherheit auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmerseite stoßen. Gibt es bereits konkrete Vorstellungen oder Strategien zur Durchsetzung?

Das „Rationalisierungsschutzabkommen" ist von unserer Seite her ein Versuch, auf betrieblicher Ebene eine Gegenstrategie zu entwickeln. Das erklärte Ziel des Rationalisierungsschutzabkommens ist es, die Arbeitsplatzsicherheit zu erhöhen und Sozialpläne zu verhindern. Für die Betriebsräte der ‚Adam Opel AG' ist dies aber nur eine zusätzliche Maßnahme. Wir wissen, daß es gegen die Arbeitsplatzvernichtungsmethoden der Unternehmer letztlich nur ein wirksames Mittel gibt: die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bedeutet im Endeffekt nur einen Zeitaufschub, sollte — wie abzusehen — die technische Entwicklung forsch weiter voranschreiten. Diese Entwicklung hat ja den marginalen Produktionsbereich längst verlassen. Wegrationalisiert werden doch in zunehmendem Maß auch qualifizierte Arbeitsplätze.

Ich bitte Sie, auf die Parallelität unserer beiden Forderungen zu achten. Wir sehen, daß in der Automobilindustrie Rationalisierungsanstrengungen der unterschiedlichsten Art gemacht werden. Das beginnt bei den Robotern, bis hin zu anderen Organisationsformen, die ebenfalls auf Arbeitsplatzvernichtung hinauslaufen. Gegen diese Strategie setzen wir jetzt das betriebliche Rationalisierungsschutzabkommen. Wir müssen zu verbrieften Vereinbarungen mit der Unternehmerseite kommen. Wir werden nach den Verhandlungen ermessen können, ob die Unternehmensleitung sich für diese Dinge bereiterklären wird. Daraus werden wir rückfolgern können, welche Maßnahmen von unserer Seite her ergriffen werden müssen.

Wäre das ein Punkt, an dem Streikmaßnahmen nicht mehr ausgeschlossen sind?

Das ist so eine Sache, weil wir die 35-Stunden-Woche nicht auf betrieblicher Ebene einführen. Nach den Aussagen des Unternehmerlagers müssen wir davon ausgehen, daß die 35-Stunden-Woche der IG Metall nicht in den Schoß fallen wird. Die wird nur durch Kampfmaßnahmen zu erreichen sein.

In ihrer Rede auf der Betriebsversammlung sind Sie auch auf die Problematik der Produktionsverlagerung ins Ausland eingegangen. Sie sprachen davon, daß dieser unternehmerischen Praxis ein Riegel vorgeschoben werden muß.

Wir verlangen schlicht und einfach, daß weder Teile noch Komponenten, noch ganze Modelle aus den bestehenden Werken ausgelagert werden.

Nun hat die ‚Opel'-Geschäftsleitung aber bereits öffentlich mit dem Gedanken gespielt, Teile der Produktion in Drittwelt-Länder zu verlagern. Andere Automobil-Konzerne haben das bereits getan, z.B. ‚VW' in Brasilien.

Wir haben in der gesamten Automobilindustrie weltweit Überproduktionen. Wir haben gleichzeitig großes Verständnis für die Probleme in der Dritten Welt.

Fortsetzung folgt

AG-„Weser"-Betriebsrat schreibt allen, die Solidarität übten

„... ein Sozialplan mit Trinkgeldcharakter ..."

Den folgenden Brief erhielten wir Mitte November vom Betriebsrat der AG Weser. Belegschaft und Betriebsrat machen darin sehr drastisch die Entwicklung ihrer Lage deutlich und sprechen ihren Dank an alle aus, die sich solidarisch zeigten. Das entscheidende politische bzw. soziale Problem nach der Niederlage im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze ist hier, wie anderswo in vergleichbaren Situationen unter der derzeitigen Politik auch, die Frage des Sozialplans.

Bremen, im November

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Freunde!

Trotz entschlossenem Widerstand, der in der Besetzung der AG „Weser" Bremen gipfelte, ist es der Belegschaft nicht gelungen, sich mit ihrem Ziel, alle vier Werkstandorte, darunter auch die AG „Weser" Bremen, zu erhalten, gegen die Kapitalinteressen der Werftanteilseigner Krupp, Bremer Senat, Thyssen-Bornemisza und Hapag-Lloyd durchzusetzen.

Der Aufsichtsrat der AG „Weser" hat am 15.10.83 auf Antrag seines Vorstandes die Schließung der AG „Weser" Bremen gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter, zum 31.12.83 beschlossen. Von diesem Beschluß sind alle Beschäftigten betroffen, also 524 mehr als in dem Fusionskonzept zur Entlassung vorgesehen sind. Mit diesem Vorgehen soll offenbar jede soziale Auswahl verhindert werden, den Altersgesicherten soll der tarifvertragliche Kündigungsschutz genommen und auch alle Schwerbehinderten sollen um ihre besonderen Schutzrechte gebracht werden. Außerdem ist unverkennbar mit der Kündigung der Gesamtbelegschaft die Absicht verbunden, Kündigungsschutzklagen unmöglich zu machen. Dieser Generalangriff auf die erkämpften Rechte der Arbeitnehmer hat nach unserer Auffassung Pilotfunktion für den Umgang mit Arbeitnehmern in unserem Land.

Obwohl dies alles unter den Augen der Bremer Öffentlichkeit stattfindet, gibt es kein Zeichen der Empörung. Auch die regierenden Politiker melden sich nicht zu Wort, obwohl hier ein Stück der von den Herren George und Albrecht skizzierten Sozialpolitik bereits umgesetzt wird. Selbst die laute Ankündigung des Vorstandes der AG „Weser", keinen oder wenn überhaupt, dann einen Sozialplan mit Trinkgeldcharakter aufzustellen, läßt keinen Sturm der Entrüstung losbrechen; noch halten auch unsere Gewerkschaften still.

Unsere Zukunft ist deshalb schwarz. Ersatzarbeitsplätze, wie sie noch vor kurzer Zeit von namhaften Persönlichkeiten in Aussicht gestellt wurden, haben sich als Seifenblase herausgestellt. Ein Vertreter des Arbeitsamtes hat der Belegschaft in der letzten Betriebsversammlung erklärt, daß die Mehrheit der zur Entlassung anstehenden Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich mit einer Arbeitslosigkeit von ca. 3 Jahren rechnen muß.

Wir haben das Gefühl, daß wir zunehmend zu den Lästigen zählen, die bei vielen das Gewissen plagen, die man vergessen will, die auch politisch aus dem Weg geräumt werden müssen, weil sie ein Mahnmal verfehlter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind.

In dieser Situation tut es gut, sich an die Zeit der Besetzung zu erinnern, in der wir Eure Solidarität durch Grußadressen, persönliches Erscheinen und auch Spenden erfahren haben. Der Zuspruch war bundesweit. Diese Erlebnisse bleiben uns über den Tag hinaus erhalten, zeigen sie doch, daß Arbeitnehmer auch heute in der Not zusammen- und füreinander einstehen und die Hoffnung berechtigt ist, daß die Vision von dem „starken Arm, der Räder anhalten kann", gäbe es jemanden, der ihn organisieren wollte, Realität werden könnte.

Unser herzlicher Dank gilt allen denjenigen, die uns in unserem Kampf um unsere Arbeitsplätze ideell und materiell unterstützt haben. Ein besonderes Dankeschön sagen wir den Künstlern, die uns während der Besetzung durch ihre kostenlosen Auftritt kulturellen Beistand geleistet haben.

Euer Verständnis, Eure moralische Unterstützung und die praktische Hilfe geben uns die Kraft, aufrecht bis zum Schluß unseren Gegnern die Stirn zu bieten.

Mit freundlichen Grüßen
Belegschaft und Betriebsrat der AG „Weser - Werft Bremen
Hans Ziegenfuß

Aus „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD für Hoesch Dortmund

ARBED steht Modell!

Die Senkung der Sozialplanvereinbarungen bei ARBED Saarstahl und die durch den Austritt aus dem Kapitalistenverband angedrohte Lohnstopplanung für die nächsten Jahre — das hat die Stahlbosse an der Ruhr natürlich hellhörig gemacht. Hier wurde eine Bresche geschlagen — nicht die erste, aber eine besonders tiefe, und jetzt wollen sie die ARBED-Maßnahmen an der Ruhr kopieren. Damit beschäftigt sich der Artikel aus der jüngsten „Stählernen Faust", den wir im folgenden wiedergeben.

Mit nackter Erpressung haben die ARBED-Bosse gemeinsam mit der Bundesregierung die Senkung der Sozialplanbezüge von 90 Prozent auf 82 Prozent durchgesetzt. Gleichzeitig haben sie durch ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverband ihre Absicht erklärt, in den nächsten drei Jahren auf keinen Fall Lohnerhöhungen zuzugestehen.

Erpressung der Regierung

Es ging und geht der Regierung bei diesem zynischen Erpressungsmanöver nicht darum, ob sie nun 30 Millionen mehr oder weniger in die ARBED reinschießen sollte oder nicht. Es ging vielmehr vor allem um ein abschreckendes Beispiel gegen die Stahlarbeiter, um die „Wende" in der Sozialplan- und Tarifpolitik: Radikale Kürzungen von Sozialplanbezügen, von Löhnen und Gehältern, Aushebeln von bestehenden Tarifverträgen unter Ausschaltung der Gewerkschaften.

Und, wie es aussieht, sollen die Krupp-Kollegen bei der Auszahlung des Weihnachtsgeldes die nächsten sein, die dran glauben müssen. Angesichts dieser Entwicklung ist es nur eine Frage der Zeit, wann auch wir Hoesch-Arbeiter an der Reihe sind. Grund genug also, zu fragen, wieso dieser Angriff des Kapitals nicht verhindert werden konnte.

Wo war die IG Metall?

Viele Kollegen haben sich gefragt: Wo war eigentlich die IG Metall bei dieser Auseinandersetzung? Es war doch offensichtlich, daß die Kollegen im Saarland allein gar nicht in der Lage waren, diesen Angriff des Kapitals und seiner Regierung zurückzuschlagen. Notwendig war und ist in einer solchen Situation der gemeinsame Streik in allen Stahlbetrieben unter der Losung: Heute ihr — morgen wir!

Klar ist doch, daß nach dieser Niederlage auch für uns die Bedingungen z.B. für die Verteidigung der 93 Prozent wesentlich schlechter werden. Denn sicherlich wird es, wenn Rohwedder die 93 Prozent kürzen will, genügend Stimmen geben, die nach dem Motto: lieber 90 Prozent als 82 Prozent widerstandslos eine Kürzung unseres Sozialplans hinnehmen werden.

Einmal mehr war der IGM-Vorstand bei der Auseinandersetzung im Saarland auf Tauchstation. Er hat sich einfach nicht gerührt. Als alles vorbei war, gab er dem Betriebsrat den Rat, gegen den Spruch der Einigungsstelle nicht mit rechtlichen Schritten vorzugehen. Lediglich gegen die Kürzungen für die schon ausgeschiedenen Sozialplaner wolle man juristische Schützenhilfe leisten. Seine Sorge scheint zu sein: wenn schon 82 Prozent, dann muß es wenigstens vertragstreu zugehen und vorher vereinbart sein.

Wir Kommunisten meinen, daß diese Politik des Vorstands nicht nur zur Verschlechterung unserer Lebenslage führt, sondern auch verheerende politische Folgen hat. Denn mit der Aushebelung von Tarifverträgen, Sozialabbau und Lohnsenkungen fing es auch in der Weimarer Republik an.

Die Gewerkschaften zögerten oder weigerten sich, energisch Widerstand zu leisten. Die Folge war, daß sie wehrlos wurden, die Mitglieder ihnen davon liefen, weil sie angesichts der immer schlechter werdenden Lebenslage am Sinn und Nutzen der Gewerkschaften zweifelten und das Kapital infolge dieser Schwäche mit immer neuen Angriffen nachstoßen konnte. Das Ende ist bekanntlich die Zerschlagung der Gewerkschaften gewesen, die Errichtung der faschistischen Diktatur, die angesichts der weltweiten Krise nichts anderes zum Ziel hatte, als durch brutale Ausbeutung und Vorbereitung von Kriegen die Profite des Kapitals zu sichern.

Wehren wir deshalb den Anfängen. Verteidigen wir kompromißlos den sozialen Besitzstand und unsere politischen Rechte. Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen.

Aus „Roter Lautsprecher"

Am Jahrestag der „Reichskristallnacht" wurden Siemens-Arbeiterinnen aktiv. Nazi-Schmierereien in der Nähe des Wittener Betriebes waren der Anlaß zur Formulierung eines offenen Briefes an den Oberbürgermeister von Witten, der in kurzer Zeit von rund 50 Kolleginnen unterschrieben war, und den die Betriebsrätin Annette Schnoor noch am gleichen Abend bei einer antifaschistischen Kundgebung in der Stadt verlas. Der Erfolg dieser Aktion, die die Stadt unter Druck gesetzt hat, zeigt auch das große Echo in der regionalen Presse. Im folgenden der Brief im Wortlaut.

Offener Brief an den Oberbürgermeister von Witten von Betriebsräten, Vertrauensleuten, Kolleginnen und Kollegen von Siemens/Witten

Sehr geehrter Herr Trepper,

wir fordern Sie hiermit auf, die Hakenkreuzschmierereien an der Unterführung Brauckstraße, an denen ein großer Teil der Belegschaft täglich im Schrittempo vorbeifahren muß, umgehend beseitigen zu lassen. Heute, am 9. November, ist die „Reichskristallnacht" 45 Jahre her. Heute vor 45 Jahren wurde auch in Witten mit der Zerstörung der Synagoge und der jüdischen Geschäfte die endgültige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung eingeleitet. Das ist Grund genug, keine Hakenkreuze auf den Mauern dieser Stadt zu dulden.

Wir meinen darüberhinaus, daß der Nazi-Faschismus sich vor allem auch gegen die Arbeiterbewegung gerichtet hat. Zuerst wurden Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten in die KZs verschleppt. Viele von ihnen mußten ihr Eintreten für die Interessen der Arbeiter und Angestellten mit dem Leben bezahlen. Wir sind es dem Gedenken dieser Kollegen schuldig, daß wir den neuen Nazis, die überall wieder aktiv werden, entgegentreten. Deshalb sind diese Hakenkreuze unerträglich. Wir bitten Sie, die Beseitigung umgehend zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

(es folgen 57 Unterschriften)

Bombenstimmung

Bei Siemens in Witten war Bombenalarm. Die „Rote Zora" hatte einen Sprengsatz hochgehen lassen, um gegen die Siemens-Rüstungsproduktion und die Verwicklung des Konzerns in internationale Ausbeutung zu protestieren. Als die Arbeiterinnen am nächsten Werktag in den Betrieb kamen, gab es natürlich nur ein Thema. Der „Rote Lautsprecher", die Zeitung der KPD für Siemens in Witten berichtete darüber:

Verdacht fällt auf jeden, der schon mal gesagt hat: „Wann fliegt endlich dieser Laden in die Luft", oder: „Die da oben bräuchten mal ein Feuer unterm Hintern", usw. usf.

Peinlich, peinlich, fast die ganze Belegschaft ist verdächtig!!!

Aber am Montag ... die Belegschaft ist unzufrieden. „Warum hat's nicht die Halle erwischt?" oder, „Stümperarbeit, hätten sich mal 'nen Tip von uns holen sollen", oder „Die hätten doch wenigstens, wie sich's gehört, am Freitag telefonisch drohen können, dann hätten wir nach Hause gekonnt", usw.

Wenn das kein Beweis ist, daß die Belegschaft völlig unschuldig ist!!!

Korrespondenz der KPD Stuttgart

Betriebsbesetzung bei Arendt — Streik bei Kamm

Die Belegschaften zweier kleiner Metallbetriebe im Raum Stuttgart standen und stehen noch im Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Durch selbständige und mutige Kampfaktionen haben sie durchaus ein Zeichen gesetzt für alle anderen: Auf, Kollegen, wir selbst müssen es anpacken! Es handelt sich dabei um die Maschinenfabrik Arendt in Sersheim/Kreis Ludwigsburg mit ca. 100 Beschäftigten und die Gießerei Kamm in Renningen/Kreis Leonberg mit ca. 120 Beschäftigten. Beide Betriebe gehören zum Metallbereich. Doch nun zu den Vorfällen im einzelnen.

Am 6. Oktober ging die Maschinenfabrik Arendt in Konkurs. Am Tag darauf besetzte die Belegschaft den Betrieb. Was war vorausgegangen? Der Alleininhaber Arendt hatte alle Patente verkauft und sich in die Schweiz abgesetzt. Die Württembergische Bank (Mehrheitseigner Land Baden-Württemberg) hatte die Kredite gestrichen. Am gleichen Tag erhielten alle hundert Kollegen die Mitteilung, daß sie nach Einschaltung des Betriebsrates die Kündigung erhalten sollen. Doch die Besetzung war kein spontaner Akt. Schon seit einem Jahr zeichnete sich die Entwicklung ab, daß die Firma kaltblütig in den Konkurs getrieben werden sollte. Der Betriebsrat hat schon vorher intensiv beraten und unter allen Kollegen gearbeitet. **Die Entscheidung für den Tag X lautete: wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze!**

Folgende Überlegungen spielten dabei die Hauptrolle: Die Produkte der Firma Arendt (Anlagen für Großwäscherei) sind führend auf dem Weltmarkt.

In der Firma befinden sich Aufträge in Höhe von 1,1 Millionen Mark. Weitere Aufträge sind in Aussicht gestellt.

So stellten sie folgende Forderungen:

- **Erhalt aller Arbeitsplätze bei Arendt!**
- **Kredite durch das Land Baden-Württemberg zur Weiterführung der Firma!**

Dazu wurde ein „Förderverein zur Erhaltung von Arbeitsplätzen" (Sersheim/Vaihingen) gegründet, der durch eine Auffanggesellschaft die Weiterführung der Produktion sichern soll. Diesem Förderverein gehören bisher viele Beschäftigte der Firma Arendt, der Gemeinderat von Sersheim, die IG Metall Ludwigsburg und einige Politiker an.

Schön und gut, mag vielleicht mancher denken, aber die Übernahme der Fabriken unter kapitalistischen Verhältnissen ist doch eine Illusion! Zugegebenerweise eine diskutierenswerte Frage. Aber wichtig ist, festzuhalten, daß die Belegschaft von Arendt keineswegs jetzt selbst Geld herbeischaffen will, um die Firma zu erhalten, sondern daß sie diese Forderung klar an die Landesregierung stellt: Wollt ihr 100 Arbeitslose finanzieren oder die Aufrechterhaltung der Produktion? Und zum zweiten: daß die Belegschaft den Betrieb besetzte, was unter den augenblicklich stattfindenden Diskussionen schon eine Signalwirkung hat.

So verstand das auch der bestellte Konkursverwalter, der gleich am ersten Tag der Besetzung der Belegschaft strafrechtliche Konsequenzen androhte und den — Polizeieinsatz. Doch die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern und dies wurde auch durch die Solidarität der Metallbetriebe aus dem Raum Ludwigsburg erreicht. Und nicht zuletzt durch die Haltung der IG Metall Ludwigsburg, die sich zur Unterstützung durchrang. „Durchrang" — das soll keine Kritik an den Kollegen in Ludwigsburg sein, sondern sie stellten vor der Unterstützung eine eingehende Untersuchung an, ob das vorgeschlagene Konzept von der Belegschaft auch getragen wird. Mit einem Wort: sie prüften, ob die Belegschaft hinter den aufgestellten Forderungen stand und kampfbereit war. Die Besetzung des Betriebes hatte Erfolg: der Konkursverwalter lenkte ein. Die Belegschaft erhielt bis zum 11. November Zeit, ihr Konzept zur Weiterführung der Firma zu entwickeln. Ein Vorkaufsrecht wurde eingeräumt.

In verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitete nun die Belegschaft die Voraussetzungen für die weitere Produktion. Dieses Konzept wurde am 9.11. im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg übergeben. Aber nicht einfach so. Sondern im Anschluß daran rief der Betriebsrat und die IG Metall zu einer Demonstration in Stuttgart auf. Nichts Besonderes? Demonstrationen gibt es gerade genug? Nun, vielleicht Demonstrationen. Aber nicht: Arbeiterdemonstrationen, auf denen betroffene Kollegen rufen: Wir wollen Arbeitsplätze! Und Demonstrationen, bei denen der Hauptredner an den Beginn seiner Rede folgende Einleitungssätze stellt: „Für viele von uns ist es ein großer Schritt gewesen, auf die Straße zu gehen. Das haben wir bisher immer anderen überlassen".

Und noch etwas kommt hinzu: Sersheim — also die Firma Arendt — liegt ungefähr 20 bis 30 Kilometer von Stuttgart entfernt, gehört zu einer anderen Verwaltungsstelle. Und wer sich etwas in den Strukturen der IG Metall auskennt, weiß, daß sich schon etwas bewegt haben muß, wenn eine Verwaltungsstelle auf dem Gebiet einer anderen zu einer Demonstration aufruft.

Konkret heißt das: der Bezirk Stuttgart hat zwar nicht viele Finger gekrümmt, um die Sache der Arendt-Kollegen zu der seinen zu machen, aber dagegen konnten sie auch nicht sein. So waren die ca. 350 Kollegen, die am Abend des 9.11. durch Stuttgart zogen, bestimmt nicht der Ausdruck einer breiten, intensiven Mobilisierung, aber immerhin doch ein Zeichen:

• die erste Demonstration arbeitsloser Kollegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze hier in Stuttgart. Und eine Unterstützung, die über die Belegschaft und die aus Ludwigsburg angereisten Gewerkschaftler hinausging.

Dies wurde auch deutlich auf der Solidaritätsveranstaltung, die am gleichen Abend organisiert wurde. Träger waren die Jusos Stuttgart. Anwesend ca. insgesamt 100 Teilnehmer, davon 30 Kollegen der Arendt-Belegschaft, verschiedene politische Organisationen, Gewerkschaftler, auch eine Kollegin der Ortsverwaltung Stuttgart. Besonders erfreulich war auch die Teilnahme der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative, die auch schon einen Hauptteil an der Vorbereitung hatte: durch das Verteilen von Flugblättern usw.

Ein Genosse der Partei verlas eine Solidaritätsadresse, (siehe Kasten).

Dies war eine eindeutige Stellungnahme der Partei und wurde auch so verstanden: im Gegensatz zu verschiedenen anderen Linken haben wir den Kampf der Arendt-Kollegen konkret unterstützt und nicht gesagt: „Schon gut, daß ihr kämpft, aber..."

Ein positives Ergebnis dieser Veranstaltung war auch, daß die Anregung kam, auf Stuttgarter Ebene Solidarität kontinuierlich zu üben. Bei aller Unterstützung der konkreten Vorfälle wurde aber auch deutlich, daß insgesamt eine stärkere Zusammenarbeit notwendig ist. Nächstes Jahr geht es um die 35-Stunden-Woche! Die jetzigen Auseinandersetzungen sind nur die Vorgefechte dazu! Rüsten wir uns jetzt!

Verstärkt wurde diese Bereitschaft auch durch den gleichzeitigen Arbeitskampf bei der Gießerei Kamm, auf den wir im folgenden eingehen wollen.

Am 5.11. traten ungefähr 85 der 115 Beschäftigten der Firma Kamm in Renningen in den Streik. Dies mit einer Blockade vor dem Werkstor, um die Arbeitswilligen am Eintritt zu hindern.

Anlaß für diesen Streik war die fristlose Kündigung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, des türkischen Kollegen Suat Gürses. Die Vorgeschichte: die Gießerei Kamm hat in den letzten Jahren mehrfach den Besitzer gewechselt. Nicht gewechselt wurden die Konfliktherde zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft: Arbeitsbedingungen, Überstundenschinderei und ein brutaler Herr-im-Hause-Standpunkt der Geschäftsleitung. So kam es 1981 schon zu einer spektakulären Auseinandersetzung als der damalige Firmeninhaber den Betriebsratsvorsitzenden per Fausthieb „erledigte". Nicht gewechselt hat auch der Betriebsrat, der deutsche Kollege Rudi Spiech und der türkische Kollege Suat Gürses. Sie hatten also schon allerhand Erfahrungen auf dem Buckel.

Die neue Geschäftsleitung, die erst seit Anfang des Jahres „im Amt" ist, hatte wohl ausdrücklich den Vorsatz, Schluß zu machen mit dem gewerkschaftlichen Widerstand, wenn nicht noch mehr: mit der Begründung „die Gewerkschaft macht uns den Betrieb kaputt", den Konkurs anzupeilen.

Auslöser der Auseinandersetzung war die Anordnung von Überstunden und Schichtarbeit durch die Geschäftsleitung. Dem stimmte der Betriebsrat nicht zu. Daraufhin kam es zu der fristlosen Entlassung des türkischen Kollegen. Begründung: er habe Ausschußware — in seiner Pflicht als Kontrolleur — passieren lassen. Der Betriebsrat konnte schnell nachweisen, daß einige der vorgelegten und von Gürses angeblich unterzeichneten Prüfprotokolle nicht ganz stimmen konnten, weil der Betriebsrat Gürses an den betreffenden Tagen gar nicht im Betrieb war! Doch hier ging es nicht um Beweise, sondern um die Machtfrage: kriegen wir den Widerstand gebrochen oder nicht? Dagegen traten die Kollegen in den Streik. Und zwar in der überwiegenden Mehrzahl die türkischen Kollegen, während die ca. 30 arbeitswilligen Kollegen sich aus Deutschen (Meistern etc.) zusammensetzte.

Natürlich war dies kein Nationalitätenkampf sondern eine Klassenauseinandersetzung, dennoch ist es gerade in der jetzigen Zeit wichtig, daß die IG Metall zu jeder Zeit und vorbehaltlos die streikenden Kollegen unterstützt hat.

Über sechs Tage lang wurde die morgendliche Blockade am Werkstor organisiert. Die beteiligten Kollegen und die von der IG Metall organisierten Gewerkschafter. So waren immer ca. 100 bis 150 Leute im Einsatz. Und jedes Mal das gleiche Spiel: Versuche der Arbeitswilligen durchzubrechen. Anforderung der Polizei. Einsatz der Polizei zugunsten der Streikbrecher. Nein, da waren keine Knüppeleinsätze und heftige Kämpfe. Die Streikenden blockierten und ließen sich wegtragen. Aber bedenkenswert ist doch dies: wenn irgendein wildgewordener Kleinunternehmer nach der Polizei ruft, dann ist sie auf seiner Seite und das Recht dazu!

Das ist bestimmt sehr vielen Kollegen nicht klar und das glauben sie auch nicht, aber so war es in Renningen und die Kollegen haben ihre Erfahrungen gemacht. Dabei wurde unter der Schwelle einer schwierigen und aussichtslosen Auseinandersetzung mit den Kräften der Polizei doch fortwährend Widerstand geleistet: Streikbrecher wurden von den Zäunen geholt, über die sie klettern wollten, schließlich wurde von den Streikenden noch der Betrieb besetzt, um eine Betriebsversammlung durchzuführen.

An all dem waren Gewerkschaftssekretäre der Ortsverwaltung Stuttgart beteiligt. (Das zu sagen, ist natürlich etwas problematisch. Aber wir glauben, die Gefahr jemanden den staatlichen Stellen preiszugeben, ist durch diese Aussage nicht erfüllt. Es sind ja keine Namen genannt. Dagegen finden wir es sehr wichtig, daß sich in Kreisen der Gewerkschaft die Auffassung breitgemacht, die staatlich verordnete Legalität zu durchbrechen. Das sollten viele in der Bundesrepublik wissen, weil es Mut macht!)

Ein weiterer interessanter Punkt waren die Leiharbeiter. Schon nach dem ersten Tag des Streiks karrte die Firma Kamm Leiharbeiter an, die die Produktion weiterführen sollten. Im Verlaufe der Auseinandersetzung gelang es den Streikenden, Einfluß auf diese Arbeiter zu gewinnen. Es ist doch klar, daß bei den heutigen Verhältnissen, dort nicht nur Reaktionäre sind. Es wurde solidarisch diskutiert und nach Begründungen gesucht, um die Leiharbeiter ohne Nachteile zur Arbeitsverweigerung zu bringen. Und welcher Grund bot sich besser an, als dieser, daß es nicht möglich ist, ungestört und sicher seiner Arbeit nachzugehen. Überdies machten die Streikenden auch Druck auf die Sklavenhalterfirmen selbst: am vorletzten Tag des Streiks zogen sie in deren Büros in Stuttgart und wiesen sie darauf hin, daß keine weiteren Arbeiter nach Renningen zu schikken wären!

Nach sechs Tagen Streik mußte die Geschäftsführung einlenken. Nach Verhandlungen im Rathaus, mit dem Bürgermeister von Renningen als Schlichter mußten sie zurücknehmen: die fristlose Entlassung des Kollegen Gürses, den Antrag auf Amtsenthebung des Betriebsrats. Sie verzichteten auf die Maßregelung der Streikenden. Sie bezahlten die Streik-Betriebsversammlung.

Dagegen müssen die Arbeiter der Firma Kamm erst einmal die Überstunden und Sonderschichten fahren, bis die Einigungsstelle darüber entscheidet.

Unter dem Strich also ein Erfolg für die Belegschaft. Unter dem Strich aber auch, Zeichen für eine härtere Auseinandersetzung, Zeichen für veränderes Denken. Alle kämpferischen Gewerkschaftler in Stuttgart und Umgebung haben daraus Mut geschöpft und sich gesagt: gerade so muß es im nächsten Jahr weitergehen!



Polizeieinsatz gegen die kämpfenden Kollegen von Kamm — immer wieder, und in letzter Zeit auch: immer öfter, erleben die Kollegen auf wessen Seite die Polizei, das sogenannte Recht, steht. Auf der des Unternehmers und mag er ein noch so windiger Abenteurer sein...

Solidaritätsadresse

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Firma Arendt!

Euren Kampf um die Erhaltung eurer Arbeitsplätze finden wir mutig und ermutigend.

Zeigt er doch, daß nur unser geschlossenes Zusammenstehen, der Druck der Belegschaft selber unsere Arbeitsplätze verteidigen können. Und keine Politikerrezepte und kein Warten auf den Aufschwung.

Wir sind mit euch einer Meinung, daß nur politischer Druck auf die Verantwortlichen — die Landesregierung in Baden-Württemberg zum Erfolg führen kann. Dazu muß dieser Druck aber verstärkt werden: durch die Solidarität aus den Betrieben. Hier ist sowohl die IG Metall gefordert als auch jeder einzelne von uns.

Wir werden euch nach unseren Kräften unterstützen. Anbei ein Scheck über 100,— DM.

Mit solidarischen Grüßen
KPD Stuttgart

CSU trommelt für Feldzug gegen „Kommunismus"

„Hinreichender Grund für eine militärische Intervention"

Wer bisher noch nicht wußte oder nicht glauben mochte, daß für die Strauß-Partei der militärische Überfall auf fremde Länder lediglich eine Frage des geeigneten Zeitpunktes und alles andere als ein politisches Tabu ist, der kann sich vom neuesten „Bayernkurier" (19.11.83) eines Besseren belehren lassen.

In einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „Grenada ist zum Prüfstein geworden" mokiert sich Erich J. Karl über die fehlende vorbehaltlose Unterstützung nicht nur durch bestimmte Kreise in der Bundesrepublik, sondern auch in England, über Thatchers „Kritik an Grenada, die in den Worten gipfelte, die Tatsache, daß Menschen unter einer kommunistischen Diktatur leben müssen, sei kein hinreichender Grund für eine militärische Intervention ...".

Das sollte man noch einmal lesen. Der Höhepunkt der Anmaßung Thatchers — denn die CSU empfindet Kritik an der US-Invasion erklärtermaßen als Anmaßung — ist für die Strauß-Partei die Meinung, die Existenz vonStaaten, die die USA oder die CSU als kommunistische Diktaturen bezeichnen, „sei kein hinreichender Grund für eine militärische Intervention". Mit anderen Worten: Die Existenz solcher Staaten an sich ist ein andauernd gegebener Interventionsgrund, die Entscheidung über Beginn und Ausmaß einer tatsächlichen Intervention liegt ganz im Ermessen zum Beispiel der USA oder auch einer Bundesregierung, die sich diese Einstellung zu eigen macht.

Somit muß sich auch jeder Staat, der sich so bezeichnet weiß, ständig von einem militärischen Überfall bedroht fühlen. Wobei gerade das Beispiel Grenadas deutlich zeigt, wie wenig an einer solchen Bezeichnung wirklich dran sein muß. Jeder Staat, dessen Politik die Kreise der USA, die Kreise der NATO stört, muß sich dieser Bedrohung gewärtig sein. Ein Umstand, den die sowjetischen Imperialisten mit Sicherheit im Rahmen ihrer eigenen verlogenen Propaganda auszuschlachten verstehen.

Wir müssen uns darüber klar sein, von Leuten regiert zu werden, die nur auf den geeigneten Zeitpunkt warten, uns als Kanonenfutter vorzuschicken. Ein Eintritt von Strauß in die Bonner Regierung, über den zur Zeit geredet wird, für den sich die CSU im Namen des hinter ihr stehenden Kapitals, besonders des Rüstungskapitals stark macht, würde die Aktualität dieser Bedrohung noch deutlicher markieren.

Die CSU macht gerade in der Frage der Hochrüstung — für die oben gekennzeichnete Politik will man auch die neuen US-Raketen einsetzen, daran darf kein Zweifel bestehen — und die Bündnistreue in letzter Zeit besonders viel Druck. Der „Bayernkurier" beruft sich dabei ausdrücklich auf die Wertverbundenheit mit Reagan und seinen Leuten in den USA: „In Washington verfolgt man (...) die innenpolitische Auseinandersetzung in den westeuropäischen Staaten über Grenada mit besonderer Aufmerksamkeit", heißt es in dem zitierten Artikel unter anderem. „In der Bundesrepublik Deutschland steht die CSU auf dem Standpunkt, daß es nicht richtig war, sich vom mächtigsten Verbündeten zu distanzieren und dies durch eine Stimmenthaltung bei der Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu bekräftigen. Es ist daher nur natürlich, daß die amerikanische Öffentlichkeit besonders in der bayerischen Unionspartei und ihrem Vorsitzenden Franz Josef Strauß einen zuverlässigen Partner sieht, der sich, wenn es um die Bündnistreue geht, nicht von ängstlichen Bedenken beeinflussen läßt."

Hinreichende Gründe, sich Strauß und der reaktionären politischen Entwicklung in unserem Land mit aller Kraft entgegenzustemmen.

Nazi-Drohungen gegen Frauengruppen

„Eine Welle von Nazi-Drohungen gegen Feministinnen" vermeldet die Zeitschrift „emma" in ihrer Dezember-Ausgabe. Neben der „emma" selbst und verschiedenen Frauenbuchläden ist auch die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) davon betroffen.

Die Zeitschrift führt unter anderem folgende Beispiele an:

„Seit September flattern Frauenbuchläden, emma und der IAF Briefe der ‚NSDAP/AO' ins Haus, Absender ‚Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA', Poststempel meist Wuppertal.

‚Deutschland erwache, emma verrecke!!!', steht in diesen Briefen. Oder auch ‚Alice Schwarzer! Wir kriegen dich!' (am 26. September an emma). — ‚Blut, Blut muß fließen knüppelhageldick ... Wir scheißen auf die Lesben in dieser Judenrepublik'. Oder: ‚Tod und Haß den Lesben'. Und: ‚Kauft nicht bei Juden und Lesben' (an den Wiesbadener Frauenbuchladen ‚Sappho'). — ‚Dachau mach die Tore auf, Münchner Lesben kommen im Dauerlauf' (an den Münchner Frauenbuchladen ‚Lillemor's'). — ‚Ich bin am Ort das größte Schwein, ich laß mich nur mit Kanaken ein' (an die IAF)." (Die IAF ist sicher keine im emma-Sinne feministische Organisation — RM).

Ein Beispiel der Gegenwehr: „Am Abend des 26. Oktober (Tag des rechtsrandalig angekündigten deutsch-türkischen Fußballspiels in Berlin) sollte der Wuppertaler Frauenbuchladen ‚Dröppel(fe)mina' brennen. Die letzte Drohung war vier Tage zuvor gekommen. Per Telefon. ‚Jetzt ist es aus! Ihr seid jetzt dran!', sagte eine anonyme Stimme und legte auf. Die allererste Drohung, ein Vorläufer der Herbst-Welle, bekamen die Wuppertalerinnen am 9. Juli dieses Jahres schriftlich: ‚Vergewaltigt nur noch Lesben', hieß es da. Und, die Frauen sollten ‚alle jeden Tag 100x vergewohltätigt werden!' Gezeichnet: ‚NSDAP, Gau Solingen'.

Die Wuppertalerinnen ließen sich nicht einschüchtern. An dem besagten Abend waren etwa 150 Frauen im Buchladen. Und — nichts passierte. Allerdings: einige der Frauen meinten, stadtbekannte Neonazis in langsam vorbeifahrenden Autos erkannt zu haben — Gesichter, die ihnen bei öffentlichen Aktionen der NSDAP, Stellwänden in der Innenstadt und Flugblatt-Aktionen vor Wuppertaler Schulen aufgefallen waren."

Wie die meisten der Betroffenen hat auch „emma" Strafanzeige erstattet. Die Kripo zeigte sich nicht sehr beunruhigt. Demgegenüber weist „emma" auf die vielen tatsächlich verübten Gewalttaten der Nazis in den vergangenen Monaten und Jahren hin: „Grund genug also, die Briefe und Anrufe der NSDAP/AO nicht nur für komisch zu halten. Kein Grund allerdings, sich ab sofort das Leben mit permanenter Angst vergiften oder in Panik zu geraten — denn genau das ist wohl zunächst die Hauptabsicht der Drohungen."

Diese Drohungen und Provokationen gegen feministische Gruppen und die IAF — letztere als Bestandteil des Naziterrors gegen unsere ausländischen Mitbürger und ihre Angehörigen, bei dem bereits Blut geflossen ist und der die durch die offizielle Politik geförderte Ausländerfeindlichkeit auszunutzen und zu eskalieren versucht — sind Glieder in einer langen Kette, neue Argumente für den Kampf gegen die Nazi-Untriebe, für das Verbot und die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen. Alle Betroffenen haben unsere uneingeschränkte Solidarität.

Im gemeinsamen Kampf gegen Nazis dürfen politische Differenzen keine Rolle spielen. Das ist ein Grundsatz der Aktivitäten unserer Partei auf diesem Gebiet. Eine Anmerkung zu den Ausführungen in „emma" scheint uns allerdings angebracht: Wir meinen, die „emma"-Redakteurinnen tun sich selbst und ihren Leserinnen und Lesern keinen Gefallen, wenn sie die Drohungen schlicht und kurzsichtig als „unsere Konfrontation mit der Männerwelt" abbuchen. Gerade im Hinblick auf gemeinsame Gegenwehr.

Einige Beispiele:



Aufgespießt

Zynisch

... erscheinen die andauernden Vergleiche zwischen der Friedensbewegung und der Hitlerschen NSDAP, die besonders von immer neuen CDU/CSU-Demagogen aufgegriffen werden. Inzwischen schließen sich auch SPD-Leute dieser Methode an. Peter Conradi zum Beispiel, der sich in einem Fernsehinterview zu der Belagerung des Bundestages am 21. äußerte und dabei (mit relegen sorgenvoller Miene) an die Einschüchterungsversuche gegenüber sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erinnerte, die damals gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen wollten.

Man kann sich ja darüber unterhalten, ob es sinnvoll ist, von Seiten der Friedensbewegung die Abgeordneten am Betreten des Bundeshauses hindern zu wollen. (Ernsthaft hat das ja niemand versucht.) Man kann sich aber kaum ernsthaft darüber streiten, daß die Empörung der Friedensdemonstranten über das Verhalten der Abgeordneten im Angesicht des feststehenden Mehrheitswillens unseres Volkes mehr als berechtigt ist. Das gilt natürlich in allererster Linie für die Stationierungsbefürworter. Aber auch die SPD-Leute, die sich ausdrücklich weigerten, einer offiziellen konsultativen Volksbefragung zuzustimmen, sollten Besseres zu tun haben, als sich über das Verhalten von Friedensdemonstranten moralisch zu empören. Wenn es ihnen überhaupt um Moral geht, sollten sie ihre eigene in Frage stellen.

Lästig

Also sprach Alfred Dregger aus Hessen am 21.11. im Bundestag: „Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, nicht nach dem, was uns Demoskopen und Demonstranten suggerieren wollen, denn wir tragen die Last der Verantwortung." Ach, Herr Dregger. Es gibt so viele, die die Last gerne übernehmen würden. Uns sind die jetzigen Träger lästig.

Schlimmer als im Kreml

... ginge es im Deutschen Bundestag zu. Zu dieser Feststellung kam der Abgeordnete der Grünen, Otto Schily, bei der Darstellung eines in der Tat empörenden Vorfalls während der Debatte am 22.11.: Fraktionsmitarbeiter der Grünen wurden auf dem Gelände des Bundeshauses festgenommen, weil sie ein Halstuch mit dem Aufdruck „Die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen" — unter anderem das Motto Zehntausender Christen auf dem Evangelischen Kirchentag — trugen. Beim Besuch von Grünen-Abgeordneten im Kreml, der kürzlich stattfand, habe man unbehelligt dieses Tuch (und zum Beispiel auch Pullover mit Aufdrucken, deren Inhalt der dortigen Führung sicher nicht gepaßt hat) tragen dürfen.

Das muß man durchaus nicht als Beschönigung der Kremlherren mißdeuten, um festzustellen: Dieser Vergleich unterstreicht den Skandal dieser politischen Schikane.

Ein Antrag der Grünen auf Unterbrechung der Bundestagsdebatte, weil die Fraktion im Moment nicht arbeitsfähig sei, wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD zurückgewiesen.

Französisch

Die französischen Imperialisten, die derzeit sich als Verfechter der Raketenrüstung ebenso hervortun wie durch eigenes kriegerisches Eingreifen in verschiedenen Regionen, haben sich von den Amis etwas abgeguckt: Die „schnelle Eingreiftruppe". So eine wollen sie auch haben, und mit dem Aufbau wurde bereits begonnen.

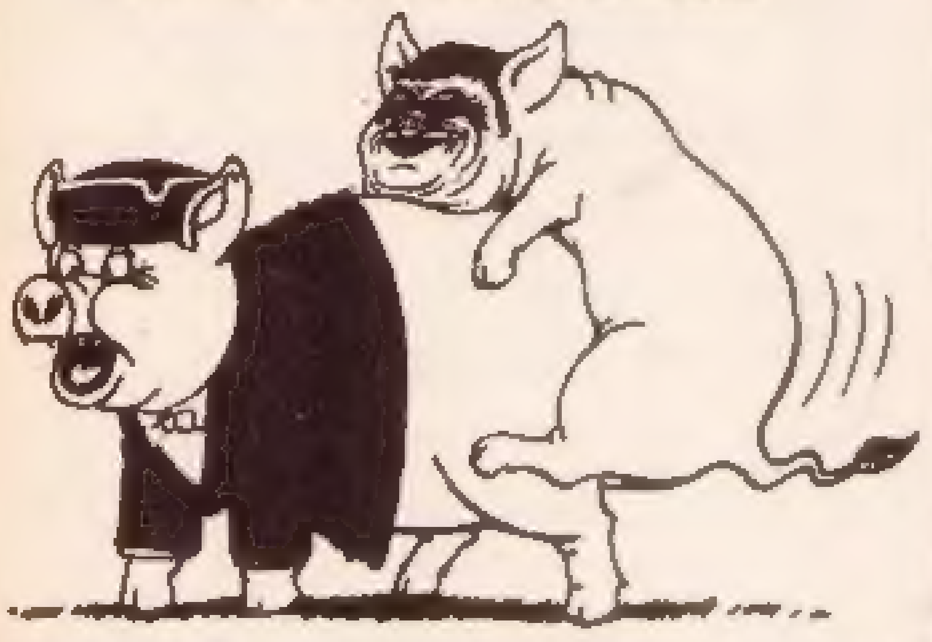
Vorgesehene Truppenstärke: 47000 Mann, ausgerüstet mit Panzern und Panzerabwehrhubschraubern von Regimentern im Norden und Osten Frankreichs. Ziel: Noch schneller überall auf der Welt zum militärischen Einsatz bereit zu sein, wo man die Interessen des französischen Kapitals gefährdet sieht und sich selbst stark genug fühlt. Und eventuell mit den Armeen anderer imperialistischer Staaten zusammen gegen einen gemeinsamen Gegner loszuschlagen.

Interessant für uns in Westdeutschland: Die Gespräche, die die Pariser Regierung zur Zeit mit ihren Verbündeten über den Einsatz dieser Truppe außerhalb der französischen Grenzen führt. Einer dpa-Meldung vom Montag zufolge soll es dabei vor allem um einen möglichen Einsatz in der Bundesrepublik gehen; die Nachrichtenagentur beruft sich dabei auf einen Artikel der Zeitung „Le Monde". Das Blatt zitiert am Sonntag auch die Bestätigung solcher Absprachen durch den Kommandierenden General der 1. Armee, deren Einheiten im Osten Frankreichs und in der Bundesrepublik stationiert sind, Charles de Llamby. Nach seinen Angaben werde geprüft, wie weit die NATO logistische Hilfe für die Eingreiftruppe bei einem Einsatz in Mitteleuropa leistet.

Was die Bundesregierung dazu sagt, ist uns bisher nicht bekannt.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß kürzlich drei französische Soldaten der in Deutschland stationierten Truppen inhaftiert wurden, weil sie den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland gefordert haben.

Von Strauß und „anderen Schweinen“



Seit drei Jahren prozessiert der vormalige Kanzlerkandidat und derzeitige Spekulant auf einen freiwerdenden Posten im Bonner Kabinett, Franz Josef Strauß, gegen den Karikaturisten Hachfeld wegen der oben abgebildeten Karikatur (kein Foto!). Die dritte Runde vor der 2. Strafkammer des Hamburger Landgerichts ging am Montag an Rainer Hachfeld. Die eingeklagte „Verletzung der Menschenwürde“ des bayerischen Landesherrn vermochte Richter Meywald nicht zu erkennen.

Damit ist das letzte Wort über die Berechtigung satirischer Darstellung der besonderen Beziehung des Herrn Strauß zu maßgeblichen Teilen der bundesdeutschen Justiz allerdings wohl noch nicht gesprochen. Strauß-Anwalt Ossmann kündigte Revision und den Gang bis zum Bundesverfassungsgericht an.

Daß Herr Ossmann selbst nicht ganz unbeeindruckt von der Aussagekraft Hachfeldscher Karikaturen ist, zeigt er allerdings schon in der von ihm verfaßten Anklageschrift. Er schrieb dort, es sei unerträglich, Herrn Dr. h.c. Franz Josef Strauß in Begattungsvorgänge und sexuelle Perversionen „mit anderen Schweinen“ einzubeziehen. — Eine geradezu schweinische Fehlleistung.

Neuer Bericht zur Lage der Asylsuchenden in Westdeutschland

UNO-Flüchtlingskommissar beugt sich Zimmermanns Erpressung

Vor einigen Wochen machte ein Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Poul Hartling, Schlagzeilen und sorgte für erhebliche Mißstimmung bei der Bundesregierung, besonders bei Innenminister Zimmermann. In dem Bericht wurden der bundesdeutschen Asylpolitik „In Europa einzigartige Abschreckungsmaßnahmen“ bescheinigt. Dem Leiter des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wird eine Geisteshaltung zugesprochen, die der der Verfasser des berüchtigten rassistischen Heidelberger Manifestes vergleichbar ist. Poul Hartling wurde daraufhin der Empfang in Bonn verweigert, Zimmermann forderte in erpresserischer Manier eine Revision des Berichtes.

Schändlicherweise hat sich das UNO-Kommissariat inzwischen dieser Erpressung gebeugt.

Der erste Bericht der UNO-Kommission basierte auf ausführlichen Untersuchungen in westdeutschen Asylantenunterkünften und auf Gesprächen mit dem Leiter des Zirndorfer Bundesamtes, Niedig. Andiesen Recherchen beteiligt waren die Genfer Beauftragte Toscani und die stellvertretende Leiterin des Bonner Büros des Flüchtlingskommissariats Paul. Ausführlich wurden ihre Beobachtungen in den Bericht aufgenommen. Es hieß unter anderem:

„Obwohl im Art. 16 des GG der BRD von 1949 das Recht auf politisches Asyl für politisch Verfolgte garantiert ist, wurden einschneidende Maßnahmen ergriffen, die in ihrer abschreckenden Wirkung einmalig in Europa sind. (...) Einige dieser Abschrekcungsmaßnahmen stehen im Gegensatz zur Universalen Deklaration der Menschenrechte von 1948 und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte.“

„Für Behörden und Öffentlichkeit der Bundesrepublik, eines modernen Wohlfahrtsstaates, der mit einer Rezession konfrontiert ist, bedeuten die Kosten, die von Asylsuchenden verursacht werden, eine erhebliche Belastung. Folglich nehmen die Behörden die abschreckenden Auswirkungen der Zwangsunterbringung in Lagern mit Genugtuung zur Kenntnis, eine Maßnahme, die 1982 offiziell eingeführt wurde, in einigen Ländern jedoch bereits seit 1980 praktiziert wird.“

Darüberhinaus werden Aussprüche des Herrn Niedig dokumentiert, der offen erklärte, für ihn sei die Bundesrepublik eine „weiße Gesellschaft“, der „Menschen anderer Rassen und Kulturen“ als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnete, der erklärte, „kommunistische Asylbewerber werden von den Einzelentscheidern des Bundesamtes nicht günstig eingeschätzt, der auch von Türken ganz allgemein nicht viel hält.

Der neue Bericht, mit dem sich Poul Hartling seinen Empfang in Bonn erkauft haben dürfte, spricht eine ganz andere Sprache. Die Tatsachen interessieren nicht mehr. Im Ergebnis sieht das dann zum Beispiel so aus:

„UNHCR (das ist die Abkürzung für das Kommissariat — RM) ist sich bewußt, daß über Jahre hinweg zunehmend Personen aus immer weiter entfernten Ländern aus rein wirtschaftlichen Gründen versucht haben, vermehrt durch die Asylantragstellung in der BRD Fuß zu fassen, was zu einem Mißbrauch des rechtsstaatlichen Systems geführt hat. Dies hat zudem eine beachtliche Belastung der Haushalte nach sich gezogen. UNHCR zieht auch in Betracht, daß die BRD aufgrund eines Anstieges der Asylbewerber große organisatorische Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung zu bewältigen hatte. Die bona-fiden Flüchtlinge hatten die Auswirkungen der Entwicklung zu tragen und mußten oft Jahre auf eine Entscheidung ihres Asylantrages warten.“

Hier bekommt Zimmermann auch noch seine „Wirtschaftsflüchtlinge“ bescheinigt, während der erste Bericht eindeutig feststellte, daß die Bundesrepublik vor allem das Grundrecht politisch Verfolgter drastisch beschnitten hat. Prompt wird aus Bonn Gesprächsbereitschaft signalisiert. Man sei zwar nicht mit allen Punkten des Berichtes einverstanden, heißt es da, aber es sei nun doch eine „sachliche“ Grundlage gegeben. Können die Politiker doch in dem Bericht auch Passagen lesen wie die folgende, die belegen, daß die UNO-Beauftragen (jedenfalls die, die für die Revision des Berichtes verantwortlich sind) Zimmermanns Beleidigungen einfach weggesteckt haben und nicht etwa protestieren, sondern sich unterwerfen:

„Seit vielen Jahren besteht zwischen der Bundesregierung und dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen eine enge Zusammenarbeit zum Wohle der Flüchtlinge in der BRD und in anderen Teilen der Erde, die von unschätzbarem Wert ist. UNHCR wird weiterhin alles tun, um dieses gute Verhältnis zu festigen und zu vertiefen.“

Sogar der werte Herr Niedig erscheint plötzlich als ein ganz anderer: „UNHCR schätzt die Zusammenarbeit mit dem Leiter des Bundesamtes, der in seiner Aufgabenerfüllung den Problemen der Flüchtlinge größtes Verständnis entgegenbringt.“

Poul Hartling mag also nun nach Bonn kommen. Für die Asylbewerber in der Bundesrepublik, für die, die unter den im ersten UNO-Bericht anschaulich beschriebenen und fortbestehenden Bedingungen leiden, hat dieser Besuch allerdings erheblich an Bedeutung verloren. Sie sind um eine Hoffnung ärmer geworden — auch der internationale Druck auf die Bundesregierung, den sich viele erhofften, läßt sich auf der Grundlage des neuen Berichtes kaum erzeugen.

Die Demokraten in der Bundesrepublik selbst sind gefordert, nicht nachzulassen in der tätigen Solidarität mit den politisch Verfolgten, in der Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auch über die Grenzen unseres Landes hinaus. Der Kurs der Herrn Zimmermann, der bereits den Tod von Cemal Kemal Altun auf dem Gewissen hat, muß gestoppt werden.

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für unsere ausländischen Mitbürger ist fester Bestandteil des Ausländerprogramms der KPD. In Nordrhein-Westfalen sind im nächsten Jahr Kommunalwahlen. Wir unterstützen die Bestrebungen aller Kräfte, die sich gerade hier dafür einsetzen, daß zu dieser aktuellen Wahl den Ausländern das Wahlrecht zugestanden wird.

Vor kurzem hat sich in NRW ein Landesverband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V. gegründet (VIA). Auf der Gründungsversammlung wurde beschlossen, sich aktiv an einer Aktion zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang verabschiedete die Versammlung einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: „Gegenwärtig leben rund 1,5 Millionen Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Ein großer Teil der ausländischen Einwohner ist seit vielen Jahren hier (davon 600000 länger als 10 Jahre). Sie arbeiten hier und leisten jahrein, jahraus ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung NRWs. Der jetzige Lebensstandard unseres Landes ist ohne sie nicht aufrechtzuerhalten. Ausländische Einwohner zahlen Steuern, sie haben mit Ausnahme der Wehrpflicht die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten wie Deutsche. Trotzdem werden ihnen die gleichen Rechte verweigert, dürfen sie nicht einmal das ureigenste demokratische Recht, das Wahlrecht, ausüben. Das ist eine Diskriminierung der ausländischen Einwohner.

Das kommunale Wahlrecht für ausländische Einwohner wäre ein erster Schritt zur politischen und rechtlichen Gleichstellung. (...)

Im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und für die rechtliche Gleichstellung der Ausländer stehen wir längst nicht mehr allein. Bei verschiedenen Aktionen in Köln, Hamburg, Berlin, Frankfurt usw. haben die demokratischen Kräfte unseres Landes demonstriert, daß sie nicht länger bereit sind, den heutigen Zustand anzuerkennen.

Wir rufen diese demokratische Öffentlichkeit auf, die bevorstehenden Kommunalwahlen 1984 und Landtagswahlen 1985 in NRW zu nutzen, um durch Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und anderen Aktivitäten auf die Rechtlosigkeit der ausländischen Einwohner hinzuweisen und die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für sie in NRW zu unterstützen.“ Dieser Aufruf ist einer ganzen Reihe von Initiativen zugeschickt worden, jetzt sollen Erstunterzeichner gewonnen werden, dann wird er in großer Auflage verbreitet. Wer ihn jetzt schon haben möchte, kann ihn bestellen bei VIA-NRW, c/o IFAK e.V., Lerschstr. 2, 4630 Bochum 1.

Wir machen gleichzeitig aufmerksam auf eine VIA-Tagung Anfang Dezember.



Thema:

Kommunales Wahlrecht für Ausländer: ein erster Schritt zur sozialen und rechtlichen Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik?

Tagungsort:

Tagungshaus „Kommende“, Brackeler Hellweg 144, 4600 Dortmund 12.

Zeitraum:

9. bis 11. Dezember 1983

Anmeldung:

Schriftlich bis 1. Dezember 1983, Anmeldegebühr 60 DM für „Verdiener“, 40 DM für „Nichtverdiener“, jeweils incl. Unterkunft und Verpflegung. In Scheck oder Scheinen der Anmeldung beilügen oder überweisen auf Konto VIA e.V., PSchA Köln 2858 23-501 (BLZ 37010050). Reisekostenerstattung auf der Tagung bis 50 Prozent.

Die Stationierung läuft schon lange

In Westdeutschland lagern inzwischen nicht nur Teile der Pershing-II-Raketen (Frankfurt-Hausen), es trafen auch bereits Startfahrzeuge ein. Wohlbemerkt Tage und Wochen vor der Beschlußfassung des Bundestages über die Zustimmung zur Stationierung.

Der parlamentarische Staatssekretär Würzbach (CDU) hatte in bezug auf Frankfurt immer erklärt, es würden bestimmt noch keine Teile der Pershing II gelagert. Er gestand inzwischen aber ein, es seien Teile des Pershing-II-Systems bereits in Hausen eingetroffen, dabei handele es sich um „die rollende, die elektronische Technik, die die Überprüfung ermöglicht“. Würzbach versuchte sich zu rechtfertigen, indem er bestritt, diese Systemteile seien wesentlicher Bestandteil der neuen Raketen.

Die „Washington Post“ meldete kürzlich, daß in den USA neun Pershing-II-Raketen und 16 Marschflugkörper einschließlich der Sprengköpfe bereits verpackt bereit, um für die Stationierung nach Großbritannien und in die Bundesrepublik geflogen zu werden.

Am Freitag vergangener Woche trafen nun mindestens 20 Startfahrzeuge für die Pershing II in Mutlangen ein. Gegen 14 Uhr wurde an diesem Tag ein Konvoi mit Sattelschleppern beobachtet, der in das Gelände des 1. Bataillons des US-Artillerieregiments 41 (Schwäbisch-Gmünd) einfuhr, das 36 Atomraketen erhalten soll. Meldungen zufolge wurden damit die hydraulischen Aufrichtanlagen für die Raketen transportiert. Dazu auch die Transport- und Montagevorrichtungen für den atomaren Gefechtskopf. Ein weiterer Sattelschlepper war mit den Armeezeichen für den Transport hochexplosiver Stoffe gekennzeichnet. Bei diesem LKW, so schreibt die „taz“ vom 21.11., könnte es sich um das Gefechts-, Stand- und Feuerleitstellenfahrzeug handeln. In diesemFahrzeug befinden sich die Computerterminals für die drei Abschußoperateure des Startpersonals. Bereit zur Aufnahme der ersten Raketen, die wie gesagt, in den USA schon transportbereit auf den Überflug warten.

Diese Tatsachen unterstreichen, was für ein schmutziges Spiel die Regierung mit den Lebensinteressen unseres Volkes spielt. Das ganze Gerede, es sei angeblich noch nichts entschieden, war die ganze Zeit über verlogen. Die Stationierung lief bereits, bevor der Bundestag überhaupt zur Beratung zusammentrat.

Gegen eine solche Politik, in die die skrupellose Beschlußfassung über den Vollzug der Stationierung unbekümmert der eindeutigen Ablehnung durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nahtlos hineinpaßt, ist jeder Widerstand gerechtfertigt.

Zitat der Woche



Es wäre für Herrn Kohl immer noch besser, durch Schweigen den Eindruck von Unfähigkeit zu erwecken, als durch Reden den letzten Zweifel zu beseitigen.

Franz Steinkühler (IGM) zu Kohls ablehnenden Äußerungen zur 35-Stunden-Woche.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Es war keine Schande!

Mir liegt Fußball gänzlich fern, und warum: Weil es beim Profifußball nur um Geld geht, um immer mehr Reichtum zu ergattern. Aber zum Abschlußspiel der E-M-Qualifikation der BRD gegen die Volksrepublik Albanien hat es mich doch zum Fernseher gelockt.

Die albanische Elf, die nun mal mit 2:1 verloren hat, hat ein kämpferisches Spiel gezeigt, zumal sie mit 10 Spielern in der zweiten Hälfte gegen die Berufsfußballer der BRD ihr Können unter Beweis gestellt hat.

Aber der erwartete höhere Sieg der BRD blieb aus, und von den albanischen Fußballzwergen kann wohl nicht mehr die Rede sein, die sich auch nicht vom Reklamerummel wie Berufsfußballer für Geld hergeben und auch dazu keine Gelegenheit haben. Es bleibt eben beim Sport. Und das wird in der SVR Albanien praktiziert, und das unter der kommunistischen Führung mit dem Volk und für das Volk.

Mit freundlichen Grüßen
W.K. aus Essen

Sportpolitik

Etwas zu Albanien möchte ich anmerken: Die Außenpolitik Tiranas ist mir etwas unverständlich.

Ich möchte hier zu dem Sportgeschehen einige Beispiele nennen. Z. B.: warum hat Albanien 1980 die Olympiade in Moskau boykottiert, aber in Los Angeles 1984 will man an den Start gehen?

Aus Sportzeitungen wie dem „Kicker" habe ich erfahren, daß man nicht in Moskau dabeiwar, weil man mit den Sowjets ideologisch im Streit liegt. Denselben Grund führt man für den Verzicht auf das Fußball-Europacup-Spiel Nentori Tirana gegen Dynamo Kiew an.

Soweit so gut. Aber andererseits scheut man sich nicht, Partisan Tirana im Europacup gegen Fenerbace Istanbul, eine Mannschaft aus der faschistischen Türkei, spielen zu lassen. Das ist doch sehr merkwürdig, findet ihr nicht? Habt ihr für ein solches Verhalten eine Erklärung? Ich jedenfalls nicht. Das ist mir aufgefallen und macht mich stutzig.

Sport und Politik sind wohl auch in Albanien untrennbar. Daß die BRD die Olympiade 1980 in Moskau boykottiert hat, aus imperialistischer Solidarität mit den Amis, ist zu erwarten gewesen. Aber für das Verhalten der Albaner finde ich keine Erklärung. Zum Schluß noch ein Lob für euch: Der letzte „Rote Morgen" Nr. 46 war so gut wie lange nicht mehr. Weiter so.

Mit kämpferischem Gruß
U. aus Düsseldorf

DGB-Protest gegen Privatisierung

Korrespondenz aus Bremen

Am 19.11. versammelten sich ungefähr 5000 Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst in der Eilenried-Halle in Hannover. Der DGB lud zu einer Protestkundgebung gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ein. Das Podium war besetzt mit den Vorsitzenden der ÖTV, DPG, GdED und Herrn Breit.

Seine Rede kann man getrost vergessen. Deises jammernde Beklagen der Zustände und der schwache Appell für mehr Mitbestimmung reißt keinen mehr vom Hocker, ja nicht mal zu Begeisterungsbeifall hin. Die Begeisterungsstürme kamen erst auf, als Müllwerker vor dem Podium mit einem Sarg demonstrierten und die Azubis der Bundesbahn auf einem Transparent forderten: Keine Rosaroten Bombenzüge (in Anspielung auf den rosaroten Elefanten der Bundesbahn).

Überhaupt waren die Wände der Halle behängt mit den verschiedensten Losungen gegen die Privatisierung im öffentlichen Dienst.

Richtig Stimmung kam auf, als die Vorsitzende der ÖTV sprach. Sie redete sich richtig in Rage und griff massiv die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel an. Schimpfte auf die Sumpfblüten der „freien sozialen Marktwirtschaft", die bedeuteten, daß sich die Unternehmer die Rosinen aus dem öffentlichen Dienst pickten und die defizitären Einrichtungen dem Staat ließen. Sie führte Beispiele an, wie die Zahlen über „Wirtschaftlichkeit" gefälscht werden. So übernehmen „Private" z.B. Krankentransporte — aber nur am Tage. Die nötigen Transporte in der Nacht, am Wochenende und an den Feiertagen dürfen die öffentlichen Einrichtungen durchführen. Daß da ein Kostenvergleich mehr als Hinken muß: dem fehlen beide Beine und erst recht der Kopf. Und klar ist auch, sagte Wulff-Matthies, daß derartige Dienste nicht am Profitdenken orientiert sein dürfen, weil das das Ende des „Sozialstaates bedeutet.

Auch der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft hielt eine sehr radikale Rede gegen die Streckenstillegungen, gegen die Erhöhung der Tarife der Pendler und der Herabsetzung der Tarife für die Inter-City-Züge. Auf das laute „Und was ist mit der 35-Stunden-Woche?" der Kollegen reagierte er nur mit „gemeinsam werden wir es schaffen". Zum Schluß sangen wir gemeinsam „Brüder zur Sonne zur Freiheit". Die Stimmung war gut, aber dann erst begannen die Diskussionen. „Gut gesprochen haben die ja", „Aber das wissen wir doch schon alles", „Was sollen wir aber jetzt tun?"

Ja, da saßen wir nun. Anstatt, daß die Vorsitzenden unserer Gewerkschaften zum Kampf mobilisieren, aufrufen, Vorschläge machen, erzählen sie uns, was wir schon wußten. Sie haben gar nicht bemerkt, daß die „Basis" schon viel weiter ist, wir wollen kämpfen! Oder wollten sie es nicht bemerken?

Es ist eine Schande — da versammeln sich ca. 5000 kampfbereite Kollegen und die Vorsitzenden unserer Gewerkschaften stellen sich hin und schimpfen auf den ständigen Abbau des Sozialstaates, den Mißbrauch der freien sozialen Marktwirtschaft durch die Unternehmer. Kurz: es blieb alles an der Oberfläche stecken.

Es ist schon so: wenn wir selber nicht beginnen den Kampf zu organisieren, können wir von unseren ‚Führern' wohl nicht verlangen, daß sie sich rühren.

Kizil Şafak Nummer 2 erscheint!

Die Ausgabe des Roten Morgen für die Kollegen aus der Türkei erscheint in diesen Tagen mit ihrer Nummer 2 — nach den Startschwierigkeiten mit der ersten Ausgabe also nun die regelmäßige monatliche Erscheinungsweise.

Artikel unter anderem zu „Wahl in der Türkei" und „Kampf um die 35-Stunden-Woche".

„Kizil Safak" kostet im Jahresabonnement (12 Ausgaben, einschließlich Porto) 9,— DM; Einzelpreis 0,50 DM (bei Postbestellung: plus Porto). Probeexemplare können kostenlos angefordert werden! Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Anti-NATO-Kleber

Die KJD hatte für die Friedenswochen Anti-NATO-Kleber herausgegeben. Aufgund der großen Nachfrage, laufen jetzt in der Druckerei die Maschinen wieder warm. Wer hat noch keine Kleber? Wer möchte noch die guten Anti-NATO-Ami-Raketen-Kleber? Acht verschiedene Kleber auf einem Bogen. Der Bogen kostet Stück 80 Pfennig. Bestellungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zigmal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.
Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.
Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....

durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum — Unterschrift

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ...
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM ...... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 280 (Bankleitzahl 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 800-461

Meldungen

Polen

Protest gegen höhere Preise

POLEN. — Entschiedenen Widerstand gegen die Pläne der Regierung in Polen, Anfang 1984 drastische Preiserhöhungen vorzunehmen, hat die im Untergrund arbeitende polnische Gewerkschaftsorganisation Solidarność angekündigt. Nach einem Treffen der illegalen Führung der Gewerkschaft mit Lech Walesa wurde letzten Montag bekannt, daß es die Gewerkschaft nach dieser Maßnahme als ihre Pflicht ansieht, den Widerstand der Werktätigen zu organisieren.

Die Preiserhöhungen sind schon länger im Gespräch. Sie betreffen vor allem die Lebensmittel und somit die Portemonnaies der Arbeiter und Angestellten. Sie werden nach der politischen Entrechtung des polnischen Volkes durch Kriegs- und Notstandsrecht jetzt weiter die Lebenslage verschlechtern.

Völlig unumstritten sind die Maßnahmen offensichtlich in herrschenden Kreisen auch nicht. Auf der bei RM-Redaktionsschluß noch tagenden Sitzungsperiode des Parlaments werden weitreichende Personalumbesetzungen erwartet. Auch im ZK der revisionistischen Partei Polens sollen Vertreter der „harten Linie" neue Machtpositionen erhalten. Wir werden weiter über die Entwicklung in Polen berichten.

Peru

Erfolge für die Linken

LIMA. — Die Kommunalwahlen in Peru haben selbst nach Aussagen konservativer peruanischer Journalisten zu einem politischen Erdrutsch geführt. Die Wahlsieger sind fast ausnahmslos Linksparteien, die die Regierungspartei des Präsidenten Fernando Belaunde Terry und die mit ihm verbundene „Christliche Volkspartei" fast überall im Lande geschlagen hat.

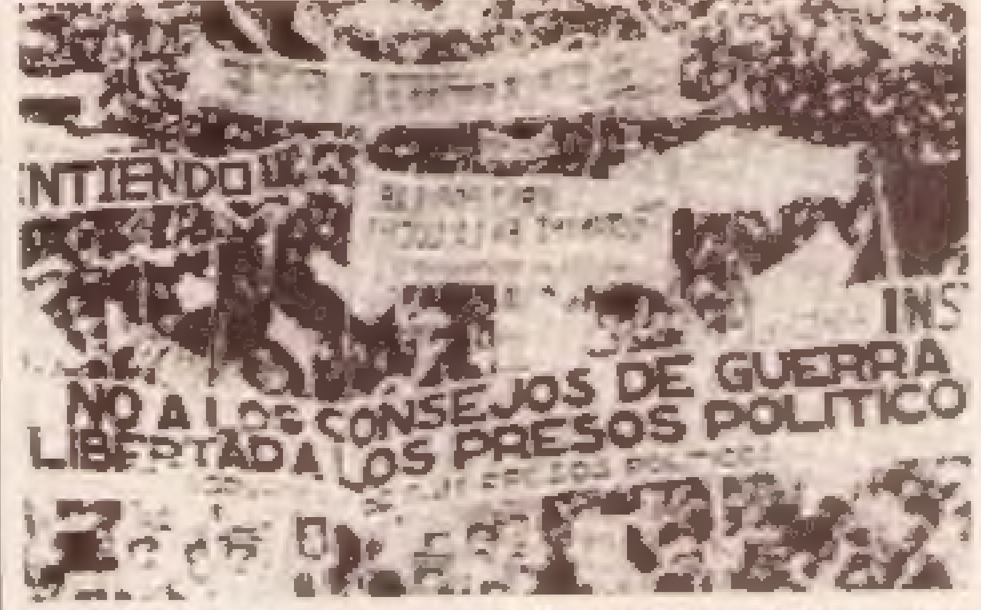
Landesweit eroberte die sozialdemokratisch orientierte „APRA-Partei" die meisten Stimmen, im Landesdurchschnitt rund 38 Prozent und damit die Mehrheit in den meisten der 1674 Rathäuser. Zweite wurde die „Vereinigte Linke", in der sich nahezu alle linken Parteien mit Ausnahme der Trotzkisten und des maoistischen „Sendero Luminoso" vereinigt hatten. Die letztgenannte Partei hatte zum Wahlboykott aufgerufen, aber keinen Erfolg damit gehabt.

Hauptkritikpunkt der Linken an der Regierung Belaunde ist dessen unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik, die eine Inflation von fast 130 Prozent im laufenden Jahr und steigende Arbeitslosigkeit verursacht hat. Insgesamt wird diese Wahl als Weichenstellung für die für 1985 anstehende Präsidentenwahl angesehen.

Chile kämpft

SANTIAGO DE CHILE. *Zu der bisher größten Protestaktion gegen das Militärregime des Faschisten Pinochet kam es am vergangenen Freitag in der chilenischen Hauptstadt. Viele hunderttausend Menschen gingen auf die Straße, um mit einem weiteren Nationalen Protesttag ihren Forderungen nach Beendigung der Diktatur Nachdruck zu verleihen.*

In der Hauptstadt ging die Polizei brutal mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas gegen das Volk vor. Viele Verletzte gab es, ein junger Mann wurde von der Polizei getötet. Der Rücktritt, der Sturz des faschistischen Diktators, wird von der breiten Oppositionsbewegung immer vehementer gefordert und mit diesen massenhaften Aktionen vorbereitet.



Unser Bild zeigt die Demonstration vom vergangenen Freitag in Santiago.

Krieg in Tripoli und im Badawi-Flüchtlingslager

Arafat in Bedrängnis

TRIPOLI. — In der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli herrscht offener Krieg. Zwar kommen alle Tage Meldungen von vorläufigen, einseitigen oder vereinbarten Waffenstillständen, doch Stunden später kann man wieder Bilder von detonierenden Raketen, Granaten, Artilleriefeuer sehen. Die Gegner des PLO-Chefs Jasir Arafat schrecken vor nichts zurück, jagen und schießen nicht nur auf die ihnen unliebsame PLO-Führung, sondern terrorisieren auch die in Tripoli lebenden palästinensischen Flüchtlinge und die Zivilbevölkerung.

Nach letzten, uns vorliegenden Informationen sind Arafat und seine Leute militärisch ziemlich isoliert, scheinen der Übermacht der von Syrien unterstützten Rebellen nicht mehr viel entgegenzusetzen haben. Dennoch ist die Situation für die PLO-Führung nicht aussichtslos. Immer mehr politische Kräfte drängen auf eine Waffenruhe, wollen mithelfen den mörderischen Bruderkrieg zu beenden.

Dabei geht es nicht nur um die Beendigung der blutigen Auseinandersetzungen in Tripoli und dem Flüchtlingslager Badawi, auf das zeitweise bis zu dreißig Geschosse pro Minute hinuntergingen. Vor allem muß wieder ein Weg gefunden werden, die politischen Differenzen, die Frage, wie der Kampf des palästinensischen Volkes am besten geführt werden kann, auf vernünftigem Weg zu klären.

So hat Jasir Arafat den von seinen Gegnern immer wieder geforderten Generalkongress der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) für Anfang 1984 einberufen. Diese Aussage von ihm ist aber nicht neu. Wenn die Kämpfe, das Morden im Nordlibanon trotzdem weitergehen, so ist das ein klares Indiz dafür, daß bestimmte Kreise innerhalb der Palästinenser vorher durch militärische Auseinandersetzungen Fakten schaffen wollen. Fakten, die die Position Arafats schwächen sollen.

Aber, in „Westbank", dem von Israel besetzten Teil des Heimatlands der Palästinenser z.B. ist Arafat unumstritten. Diese Unterstützung ist enorm wichtig. Denn sicherlich sind viele Gruppen oder Organisationen, die sich zu den Auseinandersetzungen im Nordlibanon äußern, nicht entscheidend dafür, wer die PLO führt.

Die Palästinenser müssen selbst entscheiden, wer ihre breite demokratische Organisation vertritt, welche Politik in diplomatischer wie militärischer Hinsicht sie durchführen soll. Das ist Aufgabe des Kongresses der PLO, nicht die Aufgabe bewaffneter Einheiten, die dazu von einem machthungrigen Staatsführer wie Assad aus Damaskus finanziert und ausgerüstet werden.



Jasir Arafat bei verwundeten Zivilisten, jungen Mädchen, in Tripoli

Neuer Krisenherd im Mittelmeer

Separatstaat auf Zypern

Durch die einseitige Proklamation eines eigenen Staates der türkischen Minderheit auf der Insel Zypern ist im Mittelmeerraum ein neuer Krisenherd entstanden. Zwar war die Inselrepublik auf Grund imperialistischer Einmischung seit ihrer Selbständigkeit nie richtig zur Ruhe gekommen, doch ist die faktische Teilung der Insel eine absolute Verschärfung der Situation.

Die „Türkische Republik Nordzypern", wie sie offiziell heißt, ist vom Anführer der im Nordteil der Insel lebenden türkischen Bevölkerungsteile Rauf Denktasch ausgerufen worden. Begründet wurde dieser Schritt mit der Unmöglichkeit der türkischen Zyprioten in einer einheitlichen Inselrepublik auch „Bürger erster Klasse zu sein", so der Außenminister des neuen Staates. Sicherlich gab und gibt es bei beiden Bevölkerungsteilen, dem griechischen wie dem türkischen, Bestrebungen zum Anschluß an das jeweilige Mutterland. Aber jahrelang haben es patriotische Kräfte verstanden sowohl die „Enosis", den Anschluß an Griechenland, als auch „Taksim", die Teilung und Gründung einer türkischen Teilrepublik zu verhindern.

Schwierig war dies immer, weil seit Unabhängigkeit nach der britischen Kolonialzeit drei Mächte als „Schutzmächte" ihre Interessen auf Zypern zu wahren suchten. Das waren Griechenland, Großbritannien und die Türkei. Jede Macht versuchte, sicherlich verschieden im Laufe der Zeit, ihre Interessen durchzusetzen. Von Beginn der Unabhängigkeit der Republik Zypern an waren UN-Truppen im Lande, immer wieder wurden die Verschiedenheiten auf der Insel aufgeputscht, bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Die Besetzung des Nordteils der Insel durch türkische Truppen 1974 und die anschließende Vertreibung griechischer Bewohner aus dem Nordteil haben die Gegensätze nur verschärft. Rauf Denktasch kann mit der Proklamation der Unabhängigkeit zur Zeit weder auf internationale Anerkennung hoffen, noch damit rechnen, daß dieses Gebilde im Nordteil der Insel eine wirtschaftliche Zukunft hat. So ist er auf das Wohlwollen seiner Freunde in der türkischen Militärjunta angewiesen. Die taten zwar überrascht nach dem Schritt Raul Denktaschs, aber man kann davon ausgehen, daß sie ihre Finger im Spiel hatten.

Denn die Ausrufung der „Türkischen Republik Nordzypern" ohne jegliche internationale Zustimmung, gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit der Insel kann nur ein erster Schritt sein, diesen Teil der Insel irgendwann zu einer Provinz der Militärs von Ankara zu machen. Und die brauchen sich um größeren Protest aus Westeuropa z.B. keine Sorgen zu machen. Die wenigen kritischen Worte aus diesen Staaten können sie verkraften, sitzen sie doch in diesem Falle wegen ihrer strategischen Bedeutung für die NATO allemal am längeren Hebel.



In Japan traf Ronald Reagan während seiner letzten Asien-Reise auf massiven Protest. Er mußte wegen des starken Widerstands der philippinischen Opposition schon seinen Besuch in Manila absagen. Er konnte es sich nicht erlauben, den unter Beschuß geratenen Diktator Marcos, der wegen der Ermordung des Oppositionsführers Aquino ins Zwielicht geraten ist, seine Aufwartung zu machen. So blieben ihm nur Japan und Südkorea für seine Reise.

In Japan kam es aber zu Demonstrationen. Die abgedruckten Bilder sind uns von der Kommunistischen Partei Japans (Links) zugesandt worden. Nicht zu Unrecht vergleicht die Zeitung der Partei „The Peoples Star" (Volksstern) den Reagan-Besuch mit der Entstehung der Achse „Berlin-Tokio", die die faschistischen Mächte Hitler-Deutschland und das kaiserliche Japan vor rund 50 Jahren bildeten.

Die reaktionäre Nakasone-Regierung und die Reagan-Administration liegen auf der gleichen Wellenlänge: für imperialistische Ausbeutung gerade in Asien, für atomare Aufrüstung, gegen die Freiheitsbestrebungen der Völker.

Wie die Bilder zeigen, denken viele Menschen nicht so, wie die Regierungen: oben eine Demonstration in Tokio, unten brennt eine US-Flagge in Japan.



Brennpunkt Zentralamerika

In Zentralamerika ist Krieg

Jetzt droht die nächste Invasion der USA

Das Thema Grenada verschwindet von den Titelseiten der Presse. Während auf der kleinen Karibik-Insel das läuft, was die USA „Normalisierung" oder „Weg zur Demokratie" nennen, die Regelung der Verhältnisse im Sinne des US-Imperialismus, sind die anderen Staaten Zentralamerikas weiterhin massiv bedroht.

Dem US-Imperialismus ist besonders Nicaragua ein Dorn im Auge, dieses freie Land will er auch unter seine Kontrolle bringen, und die Freiheitskämpfe in El Salvador sollen mit allen möglichen militärischen und finanziellen Mitteln erstickt werden.

Von allen Seiten steuern US-Flottenverbände Nicaragua an. Durch die Karibik kommt der Flugzeugträger „Coral Sea" mit fünf weiteren Kriegsschiffen im Schlepptau. Vom Pazifik her kommt der Flugzeugträger „Ranger" mit rund 70 Flugzeugen an Bord, von Thailand her nähert sich das Schlachtschiff „New Jersey", dessen letzter Einsatz mit seinen 1,2-Tonnen-Geschossen Vietnam gegolten hat. Im Rahmen der US-Truppenbewegungen werden 6000 Soldaten nach Honduras eingeflogen — alles im Rahmen von Manövern, wie aus Washington verlautet, Manöver allerdings, die eine tödliche Bedrohung für die Region sind.



Denn im Rahmen dieser Manöver wird schon Krieg geführt. Die US-Militärmaschine unterstützt direkt die faschistischen, konterrevolutionären Truppen und Banden in Mittelamerika, sie bilden die Soldaten derjenigen Diktaturen aus, die für nichts anderes etabliert wurden, als Zentralamerika weiterhin als „Hinterhof", als Kolonie der USA zu sichern.

Ohne die direkte Unterstützung der USA könnten die „Contras", die Feinde der Revolution und der Freiheit Nicaraguas nicht immer stärkere Terroranschläge ausführen. Ohne die Hilfe der USA würde sich ein Marionettenregime wie in Guatemala nicht mehr halten können, ein Regime, das neben der diktatorischen Unterdrückung auch noch Völkermord an Indianerstämmen verübt. Ohne den Rückhalt der USA könnte Honduras nicht offen für eine Invasion, für einen Einmarsch nach Nicaragua werben. Ohne die USA wäre die „reguläre" Armee El Salvadors schon lange geschlagen.

Nicaragua lebt praktisch wie im Belagerungszustand. Durch die Einkreisung, die Angriffe und Sabotageakte versucht der Imperialismus die Früchte der Revolution nicht reifen zu lassen. Alles in Nicaragua ist heute gezwungenermaßen auf Verteidigung eingestellt. Die Kräfte des ganzen Landes müssen angespannt werden, um sich gegen die Bedrohung durch eine offene US-Invasion oder den Einmarsch von anderen Truppen im Dienste der USA zu wappnen. Da bleibt nicht mehr viel übrig für die wichtigen Aufgaben der sandinistischen Revolution, für die Beseitigung des Elends, der Armut, all der Folgen der jahrzehntelangen Somoza-Diktatur. Aber die Verteidigung der Unabhängigkeit ist die wichtigste, die entscheidende Frage für das Volk von Nicaragua. Die USA, oder die faschistischen Nachbarstaaten als Oberherren im Lande — damit wäre die Revolution von 1919 vergebens gewesen.

> ***Ganz anders als Afghanistan ...***
>
> *„Die Bundesregierung erwägt nicht, dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland zu empfehlen, die Olympischen Spiele in Los Angeles zu boykottieren", antwortete die Bundesregierung auf eine schriftliche Anfage des Bundestagsabgeordneten Fred Zander, der wissen wollte, ob die Regierung mit einer solchen Empfehlung gegen die militärische Intervention der USA auf der Karibik-Insel Grenada zu protestieren gedenke."*
>
> *(„Süddeutsche Zeitung", 9. 11. 1983)*

Neben Nicaragua spielt El Salvador eine wichtige Rolle in Zentralamerika. Der Sieg der Befreiungsbewegung kann praktisch nur noch durch eine direkte militärische Invasion der USA aufgehalten werden. Alle bisherige Unterstützung, durch Waffen- und Finanzhilfe, durch Ausbilder und Berater, hat das Blatt nicht zuungunsten der Befreiungsbewegung wenden können, das US-hörige Regime wankt. Nur noch mit mörderischem Terror und barbarischen Massakern versucht sich die Regierung zu halten. Wie der Sender der Befreiungsbewegung FMLN „Radio Venceremos" jetzt enthüllte, haben Angehörige des von US-Marines gedrillten „Atlacatl"-Bataillons Anfang des Monats wieder ein Blutbad angerichtet. Wie Augenzeugen berichteten, trieben die Soldaten die Einwohner der Ortschaft Copapayo zusammen und schossen sie mit Maschinengewehren nieder. Unter den Opfern befinden sich ganze Familien, allein 47 Kinder, auch Frauen und Greise. Die wenigen Überlebenden des Massakers zählten insgesamt 163 Opfer.

Schon ohne Kenntnis dieses Vorfalls hat der Erzbischof von El Salvador, Arturo Rivera Y Damas, mitgeteilt, daß zwischen dem vierten und zehnten November allein 220 Menschen in El Salvador Opfer des Terrors der „Todesschwadronen" geworden sind. Diese Todesschwadronen sind bewaffnete Banden der Ultrarechten in El Salvador, die mit Billigung des Regimes und Unterstützung und Mitwirkung der Armee das Volk terrorisieren. Jetzt bedrohen sie auch schon offen den katholischen Klerus in El Salvador, nur weil der zuviel von Menschenrechten redet.

Die USA ihrerseits haben erkannt, daß ihre Marionetten in

Die Sandinistischen Verteidigungskomitees

Im folgenden bringen wir eine kurze Darstellung der Struktur und der Aufgaben der sandinistischen Verteidigungskomitees. Es liegt auf der Hand, daß viele der zivilen Aufgaben, die die Komitees bis heute wahrnehmen konnten, immer mehr den direkten militärischen Verteidigungsaufgaben weichen müssen.

Die „Sandinistischen Verteidigungskomitees" (CDS) sind, als militante Volksbewegung, direkt aus dem bewaffneten Kampf gegen die Somoza-Diktatur herausgewachsen und formierten sich Mitte 1978 als organisierte Massenfront, die bis zum Sieg über die Somoza-Diktatur eng mit der bewaffneten Guerilla der „Frente Sandinista de Liberación Nacional" (FSLN) zusammenarbeitete. Mit dem Sieg der Sandinisten am 19. Juli 1979 war die „historische Rolle der ursprünglichen Verteidigungskomitees beendet und die Verteidigung der Revolution in all ihren politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Aspekten wurde zu der Hauptaufgabe unserer Organisation" —, so definieren sich die „CDS" heute.

Als lokale Quartierkomitees integrieren die „CDS" Personen aus allen sozialen Gesellschaftsschichten, die sich regelmäßig einmal wöchentlich zur Diskussion der lokalen Probleme und der nationalen Aufgaben zusammenfinden. Seit der Inkraftsetzung des „Nationalen Ausnahmezustandes" im März 1982 organisieren alle „CDS" den sogenannten „Revolutionären Wachdienst", in dem die „Cedecisten" freiwillig in einem ablösenden Turnus rund um die Uhr ihr Wohnquartier und strategisch wichtige Einrichtungen, wie Schulen, Spitäler usw. — zum Teil bewaffnet — gegen mögliche konterrevolutionäre Überfälle und Sabotageaktionen bewachen. Die lokalen Komitees organisieren außerdem regelmäßig spezielle Zivildienstkurse, in denen zum Beispiel die Evakuierung der Zivilbevölkerung nach einem Luftangriff trainiert wird.

Bei den großen Überschwemmungen im Mai 1982 konnten so die „Sandinistischen Verteidigungskomitees" ihre Wirksamkeit in diesem Bereich zum ersten Mal unter Beweis stellen, indem sie damals Tausende zur Evakuierung der betroffenen Bevölkerung mobilisieren konnten. Ihren jüngsten „Test" bestanden die lokalen „CDS" im vergangenen Oktober, als nach einem konterrevolutionären Angriff auf den Pazifikhafen Corinto, bei dem die dort gelagerten vollen Treibstofftanks zerstört wurden, die rund 23000 Bewohner der attackierten Zone evakuiert werden mußten. Auch hier waren es vor allem die freiwillig eingesetzten „Cedecisten", die zusammen mit anderen Organisationen in einem Blitzeinsatz das Schlimmste verhindern konnten.

Angesichts einer immer wahrscheinlicher werdenden Gefahr einer direkten militärischen US-Intervention gaben die „CDS" anläßlich der Feier in Esteli den Beginn einer nationalen Kampagne zur „Verteidigung der Volksmacht" bekannt, die als wichtigstes Ziel die Regionalisierung des gesamten nationalen Netzwerkes dieser Massenorganisation vorsieht. Leticia Herrera, Revolutionskomamndantin und Generalsekretärin der nationalen Organisation der „CDS" betonte dabei die gleichzeitige Koordinierung dieser neuen Maßnahmen mit der Restrukturierung der sandinistischen Volksmilizen in sog. „Territoriale Milizen" und der Inkrafttretung des „Patriotischen Militärdienstes" (ab 1984) als jüngste Verteidigungsmaßnahme gegen eine mögliche Intervention.

Die Regionalisierung der „CDS"-Strukturen soll im Falle eines Krieges die so voneinander möglicherweise isolierten Landesteile in ein „Selbstversorgungs-Programm" integrieren, in dem die lokalen „CDS" als „organisierter Lebensnerv" den Volkswiderstand und die Infrastruktur aufrechterhalten sollen.

Außerdem haben die „CDS" nach der US-Invasion auf Grenada einen internationalen Appell an alle Solidaritätskomitees und andere Unterstützungsorganisationen gerichtet, indem sie zu einer Entsendung von spezialisierten Arbeitsbrigaden (Ärzte, Techniker, Journalisten usw.) aufrufen, die während eines ca. einmonatigen Aufenthaltes in Nicaragua die Realität dieses sich in einem Kriegszustand befindenden Landes kennenlernen sollen. Gerardo Soto, Mitglied des Nationalen Sekretariates der „CDS" für Internationale Beziehungen versicherte gegenüber APIA, daß „die nationale „CDS"-Koordination zur Zeit alles Nötige für die Ankunft der ersten erwarteten Brigaden" vorbereite.

Nachdem die Gesundheitsbrigaden der „CDS" unmittelbar nach dem Sieg der Revolution wesentlich zu einer Verhinderung einer landesweiten Epidemie als Folge der zahlreichen Opfer der Schlußphase im Kampf gegen die Diktatur beigetragen hatten, impften die Brigaden der „CDS" 1982 in einer nationalen Impfaktion rund 79 Prozent aller Kinder gegen Masern und Kinderlähmung. Seitdem ist in Nicaragua kein einziger Fall von Kinderlähmung mehr aufgetreten. Heute arbeiten die „Gesundheitsbrigadisten" vorallem im Bereich der präventiven Medizinversorgung in ihren Quartieren.

Eine weitere wichtige Aufgabe, erfüllen die „Cedecisten" als sogenannte „Erwachsenenlehrer" im nationalen Programm der „Volks-Erwachsenen-Bildung". Über 100000 „CDS"-Mitglieder hatten als „Lehrer" an der ersten Alphabetisierungskampagne teilgenommen. Außerdem versuchen die „CDS" die in ihren Quartieren noch immer häufig vorkommenden „kleinen" wirtschaftlichen „Sabotageaktionen", wie zum Beispiel das Hamstern von Lebensmitteln, Preisspekulationen lokaler Kleinhändler usw. unter Kontrolle zu bringen. Die „CDS" sind auch verantwortlich für die Verteilung von insgesamt 14 Artikeln des täglichen Gebrauchs (Seife, Reis usw.).

Als Folge ihres großen Einflusses sind die Verteidigungskomitees häufig Zielscheibe reaktionärer Kritik und Mißgunst, die sich unter anderem in den ständig verbalen Verleumdungsattacken der rechtsgerichteten Tageszeitung „La Prensa" äußert, die die „CDS" als „Spitzelorganisation" zur Kontrolle der Privatleben der einzelnen Bürger verschmäht. Die rechten politischen Parteien haben sogar ohne Anschluß der neun „CDS"-Vertreter aus dem Staatsrat gefordert.

In den internen Organisationsarbeit der „CDS" kommen häufig die Klassengegensätze und Widersprüchlichkeiten der nicaraguanischen Gesellschaft zum Ausdruck. So ist es auch kein Zufall, daß vor allem in den ärmeren und proletarisieten Quartieren die militantesten und selbstbewußtesten Verteidigungskomitees zu finden sind, während oft in den reichen Oberschichtenvierteln die „CDS" kaum funktionieren. Die „CDS" erfüllen mit ihrem „Druck von unten" auch eine wichtige Funktion in der Kntrolle über die staatlichen Institutionen und deren Vertreter. Schon mehrmals mußte auf Betreiben der Verteidigungskomitees hin ein korrupter oder inkompetenter Regierungsbeamter von seinem Posten entlassen oder versetzt werden.

El Salvador isoliert, praktisch geschlagen sind. Und ihre Schlußfolgerung aus dieser Situation? *Die Vereinigten Staaten müssen ihre militärische Unterstützung für die salvadorianische Armee verstärken, da diese vor allem aufgrund mangelnder Mobilität auf Schwierigkeiten bei der Guerillabekämpfung Stößt.* So äußerte sich der stellvertretende US-Verteidigungsminister Fred Ikle nach einer fünftägigen Informationsreise durch Mittelamerika. Ikle ließ nach seiner Reise einiges über die nächsten Pläne der USA in der Region verlauten. So werde nach El Salvador verstärkt Rüstungsgut gebracht, vor allem Hubschrauber soll die Armee bekommen. „Millionen von Dollar" seien dafür erforderlich, so Ikle, der nicht damit zufrieden ist, daß der US-Kongreß lediglich 64,8 Millionen Dollar neuer Militärhilfe für El Salvador bewilligt hat.

Weiter kündigte der US-Vizeverteidigungsminister an, die gemeinsamen Manöver der USA und Honduras würden um weitere sechs Monate verlängert, eine militärische Übung, die nichts anderes ist, als die Belagerung Nicaraguas. Ferner soll ein neuer Flughafen gebaut werden, in Puerto Castillo an der honduranischen Karibikküste, ganz in der Nähe eines amerikanischen Ausbildungslagers für Truppen aus der ganzen Region. Neben dieser immer stärker werdenden militärischen Umklammerung Nicaraguas und der Bedrohung für die Befreiungsbewegung in El Salvador mobilisieren die USA auch die politische Reaktion in Mittelamerika für ihre Aggressionspläne. So wurde jetzt der von den USA geführte mittelamerikanische Condeca-Pakt wiederbelebt. Nach Agenturberichten haben Vertreter der Stabschefs der Streitkräfte von Honduras, El Salvador, Panama und Guatemala bei einem Treffen in Tegucigalpa in Honduras getagt und „Empfehlungen" für ihre Regierungen und die USA ausgearbeitet. Wichtigstes Ergebnis dieses Treffens, die Androhung einer gemeinsamen militärischen Aggression gegen Nicaragua mit direkter Beteiligung der USA.



So wichtig wie noch nie:

WAFFEN FÜR EL SALVADOR

Mit der Verschärfung der Spannungen in Mittelamerika, mit dem zunehmenden Säbelrasseln der US-Army und den konkreter werdenden Invasionsabsichten der USA ist internationale Solidarität nicht nur eine Frage der moralischen Entrüstung. Internationale Solidarität — gerade im Falle El Salvador — muß auch konkrete Unterstützung bedeuten.

Konkrete Unterstützung für das kämpfende Volk von El Salvador heißt vor allem, seine Bewaffnung gegen den Imperialismus zu sichern. Jede Mark auf das unten angegebene Spendenkonto ist ein Beitrag dazu.

„Waffen für El Salvador", Postscheck Berlin-West, 28859 - 107 Sonderkonto, Bankleitzahl 100 100 10.

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. 1000 Berlin 65.

Was wirklich geschieht

Es ist leicht sich ablenken
oder nicht stören zu lassen
Und wer will nicht freundlich sein
in einer Welt voller Feindschaft?
Und wer ist nicht heimlich
der furchtbaren Botschaften müde?

Und doch lass dich stören
und lass dich nicht ablenken
und nicht beruhigen
und höre die Botschaft
die du
noch nicht fühlen musst:

In El Salvador
werden Männer und Frauen und Kinder gejagt und gefoltert
In El Salvador
liegen Leichen und brennen und schwimmen Leichen
In El Salvador
herrschen Menschenjäger und Mörder

Im Weissen Haus
herrschen Freunde der Herren von El Salvador
Und wo überall
herrschen Freunde der Herren des Weissen Hauses?
Und wessen Freund kannst du sein
ohne wessen Todfeind zu sein?

Erich Fried

Das Volk von Nicaragua bereitet sich auf die Verteidigung seiner Revolution vor. Die Gefahr einer Invasion durch die USA nimmt ständig zu.

US-Intervention in Lateinamerika

Eine (unvollständige) Liste

1945: Die Geheimdiplomatie der USA bewirkt in Venezuela den Sturz der Regierung des Generals Medina Angarita, der die Gewinne der großen USA-Erdölgesellschaften beschneiden wollte.

1946: In Ekuador werden demokratische Reformen der Regierung Valasco Ibarra — sie waren ein Jahr zuvor, getragen von einer Massenbewegung, an die Macht gekommen — von der eng mit den USA-Multis liierten Reaktion zunichte gemacht und der United Fruit Company 150000 ha Land zugeschanzt.

1947: Ein Volksaufstand in Paraguay unter Führung der bürgerlich-demokratischen Febristen-Partei wird von dem Diktator Morinigo mit Hilfe der USA blutig unterdrückt.

1948: Die United Fruit Company lanciert in Ekuador Galo Plazo Lazo in das Präsidentenamt, der den Einfluß dieses Trusts und des Erdölmonopols Standard Oil Company im Land weiter vergrößert.

1950: Auf Puerto Rico unterdrücken die USA mit Waffengewalt einen gegen ihre Kolonialpolitik gerichteten Aufstand.

10. März 1952: Mit dem Einverständnis der USA und direkter Unterstützung der CIA stürzt in Kuba General Fulgenico Batista den 1948 gewählten Präsidenten Socarras. Kuba war damals praktisch eine Kolonie der USA.

Juni 1954: Nachdem über 40 Putschversuche gegen die fortschrittliche Regierung Arbenz Guzmán in Guatemala gescheitert waren, inszenierten die USA eine offene militärische Intervention mit Hilfe einer Söldnerarmee unter Führung von Carlos Castillo Armas, die von der CIA aufgestellt worden war. Die blutige Invasion des USA-Günstlings Armas richtete sich u. a. gegen die Agrarreform und gegen die im Juni 1952 vorgenommene Enteignung (gegen Entschädigung) von drei Vierteln der Ländereien der United Fruit Company in Guatemala.

8. Januar 1955: Bewaffnete Verbände, die mit Kriegsmaterial aus den USA ausgerüstet sind, fallen unter Führung des ehemaligen Präsidenten Picado und seines Vorgängers Calderón von Nicaragua aus in Costa Rica ein, um die Interessen der United Fruit Company zu wahren.

1959: In Honduras bewirken die USA im Februar und im Juli Umsturzversuche gegen den liberalen Politiker Villeda Morales, die ihr Ziel nicht erreichen. Morales hatte einen Teil der Eisenbahnlinien der United Fruit Company verstaatlicht und eine Revision der mit den USA eingegangenen Verträge gefordert.

1961: Am 3. Januar brechen die USA die Beziehungen zur neuen Regierung Kubas unter Fidel Castro ab. Im USA-Bundesstaat Florida, in Nicaragua und in Guatemala werden fieberhafte Vorbreitungen für eine konterrevolutionäre Invasion getroffen. Am 15. April bombardieren US-Flugzeuge Havanna. Am 17. April startet der großangelegte Landungsversuch in der Schweinebucht mit direkter Unterstützung der USA. Kuba bereitet den Invasoren eine vernichtende Niederlage.

Herbst 1962: Die USA inszenieren unter dem Vorwand einer angeblichen Bedrohung der Vereinigten Staaten die sogenannte Kubakrise, um die Revolution auf der Karibikinsel mit Gewalt zu erstikken. Mitte Oktober werden die US-Atomstreitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Die USA errichten eine Wirtschaftsblockade, versorgen Saboteure und Spione mit Waffen, Sprengstoff und anderem Kriegsmaterial. Sie verstärken die Überfälle, die sie von Stützpunkten in den USA und in Puerto Rico aus unternehmen.

1963: Mit Hilfe der USA wird in der Dominikanischen Republik die verfassungsmäßige Regierung Juan Bosch gestürzt.

April 1964: In Brasilien wird mit aktiver Unterstützung des US-Botschafters Lincoln Gordon, durch einen Militärputsch, die demokratisch gewählte bürgerliche Regierung des Präsidenten Goulart gestürzt.

29. April 1965: Unter dem Vorwand, das Leben der US-Bürger in der Dominikanischen Republik schützen zu wollen, greifen die USA mit 19000 Soldaten direkt in innere Auseinandersetzungen in dem Karibikstaat ein. Die US-Aggression fordert über 4000 Tote.

Juni 1966: Mit aktiver Unterstützung der US-Botschaft in Buenos Aires wird in Argentinien die bürgerliche Regierung Dr. Arturo Umberto Illia gestürzt, weil diese die Verträge mit den US-Erdölkonzernen gekündigt hatte.

Oktober 1967: In den USA ausgebildete Rangereinheiten operieren in Bolivien mit dem Auftrag, die Guerillabewegung zu liquidieren. Gemeinsam mit der CIA sind sie an der Ermordung Ernesto „Ché" Guevaras beteiligt.

Oktober 1970: Agenten der CIA und der faschistischen chilenischen Organisation „Patria y Libertad" ermorden den Oberkommandierenden der chilenischen Armee, General Schneider, um die Streitkräfte aufzuhetzen und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Unidad Popular (UP) zu verhindern. Nach der Bildung der Regierung Allende organisieren die USA direkt und indirekt die Wirtschaftssabotage in Chile.

August 1971: In Bolivien kommt — nach dem Sturz der antiimperialistischen Regierung unter General Torres — der rechtsgerichtete General Hogo Banzer, gestützt von der CIA, an die Macht.

11. September 1973: Mit Hilfe reaktionärer Militärs wird die Regierung der Unidad Popular gestürzt, Präsident Dr. Salvador Allende ermordet und ein faschistisches Regime etabliert. 30000 Menschen fallen dem Mordterror zum Opfer, Tausende werden verschleppt, über eine Million chilenischer Patrioten müssen emigrieren. Die US-Konzerne halten wieder in Chile Einzug.

21. September 1976: In Washington wird der ehemalige Minister der Allende-Regierung, Oralando Letelier, von Doppelagenten des chilenischen Geheimdienstes DINA und der CIA ermordet.

19. Juli 1979: Bis zur letzten Minute unterstützen die USA den Diktator Somoza in seinem brutalen Vorgehen gegen das Volk von Nicaragua.

15. Oktober 1979: Um ein „zweites Nicaragua" zu verhindern, wird in El Salvador im Einvernehmen mit den USA der Diktator General Carols Humberto Rumero aus der Schußlinie genommen. Doch die an die Macht gekommene Junta setzt mit Unterstützung der USA den Terror zusammen mit paramilitärischen Banden fort.

Herbst 1979/Frühjahr 1980: Die USA schüren eine erneute Hetzkampagne gegen Kuba. Es wird beschlossen, in Key West (US-Bundesstaat Florida) eine neue Eingreiftruppe zu bilden, die vor allem gegen die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in der Karibik und in Mittelamerika gerichtet ist.

Zwischen 1959 und 1979 erhielten die mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala durch die USA direkte militärische Unterstützung in Höhe von 119,5 Millionen Dollar.

18. Juni 1980: Ein Bombenanschlag auf den Premier von Grenada, Maurice Bishop, mißlingt. Es ist bereits der vierte Versuch der CIA, die fortschrittliche Regierung in Grenada zu stürzen.

17. Juli 1980: In Bolivien ergreift nach einem Militärputsch eine Militärjunta die Macht, die sich mit massivem Terror zu behaupten versucht.



Solidarität mit den politischen Gefangenen in Chile

Mit den ständig massiver werdenden Demonstrationen bei den Nationalen Protesttagen in Chile gegen das Pinochet-Regime nimmt auch die staatliche Unterdrückung wieder zu. In letzter Zeit werden öfter wieder Menschen vor Kriegsgerichte gestellt, wo sie ohne jegliche Rechte in nicht öffentlichen Verfahren ohne Revisionsmöglichkeit sogar mit der Todesstrafe bedroht werden.

In der Chile-Solidarität hat jetzt eine Kampagne dagegen begonnen. Der nebenstehende Abschnitt ist eine Protesterklärung an den Präsidenten der Menschenrechtskommission der UN in der Schweiz. Der Text verlangt konkretes Eingreifen seitens der Behörde, um das Leben von fünf Menschen zu retten, die in chilenischen Kriegsgerichtsprozessen von der Todesstrafe bedroht sind.

Wir bitten unsere Leser, diese Erklärung zu unterzeichnen, auf eine Postkarte zu kleben oder als Brief an die angegebene Adresse zu senden.

Solicito intervención contra los CONSEJOS DE GUERRA en Chile y por la vida de las siguientes personas

- MARIA SILVA SOTO
- SUSANA CAPRILES ROJAS
- JORGE PALMA DONOSO
- CARLOS ARANEDA MIRANDA
- HUGO MARCHANT MOYA

NAME: ....

ADRESSE: ....

....
Unt rschrift

Senor
Presidente de la
Comisión de Derechos
Humanos

Palacio de las Naciones
1211 Ginebra 10
Schweiz

Die Tradödie einer jungen Familie (1983!)

Im Ruhrgebiet, in Wanne-Eickel verhungerte Anfang des Jahres ein kleines Kind. 15 Monate alt war es geworden, bevor es starb. Die junge Familie, in die es hineingeboren war, kam nicht klar, wurde nicht fertig mit ihrer sozialen Lage, ihren frühen drei Kindern, bekam keinerlei Hilfe durch soziale Einrichtungen.

Im November mußte sich die 3. Strafkammer des Bochumer Landgerichts mit diesem Fall befassen. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen „Totschlags" angeklagt, der Richter indes konnte nur „fahrlässige Tötung" erkennen, er meinte die Umwelt, konkret Angehörige, Nachbarn, Ärzte, Krankenschwestern und Mitarbeiter der Behörden hatten sich benommen wie die berühmten *„drei weisen Affen"*, nämlich keiner wollte irgendetwas *„gehört, gesehen oder gesagt haben"*.

Nach Informationen aus dem Regionalteil einer Ruhrgebietszeitung läßt sich die Tragödie rekonstruieren. Vor dreieinhalb Jahren lernte die damals fünfzehneinhalb Jahre alte Angela K. den knapp 23 Jahre alten Peter K. kennen. Drei Monate später war Angela schwanger. Beim Jugendamt hieß es, sie *„müßten heiraten"*, ein *„Brautgespräch"* wurde arrangiert, die Behörde stellte eine Bescheinigung der *„Ehefähigkeit"* der jungen Angela aus. Ihr Freund Peter, der künftige Ehemann hatte allerdings bei diesem *„Brautgespräch"* falsche Angaben gemacht. Er hatte nicht, wie angegeben eine abgeschlossene Berufsausbildung, die Aussichten eine ordentliche Wohnung zu bekommen stimmten nicht. Das Jugendamt jedoch überprüfte nichts, von Seiten der Behörde konnten die jungen Leute eine „normale ordentliche" Familie gründen...

Das gemeinsame Leben der beiden setzte sich dann seit Juni 1980 in zwei kleinen Mansardenzimmern ohne Wasseranschluß fort. Wasser gab es nur in der Toilette, die man über den Dachboden erreichen konnte. Im August 1980 bekam Angela ihren ersten Sohn, Klaus-Peter.

Die Eltern gingen zunächst regelmäßig zu Vorsorgeuntersuchungen, notierten alle Fortschritte des Kleinen, trotz der Umstände schien sich hier ein kleines Familienglück zu entwickeln. Dann aber wurde Angela wieder schwanger, ihr Mann verlor seinen Hilfsarbeiterjob, die Zukunft erschien düster. Angela ging zu einer Frauenärztin, die sich gegen eine geforderte Abtreibung aussprach. *„Bei mir gibt es keine Indikation"*, klipp und klar formulierte sie diesen Standpunkt auch jetzt noch vor dem Gericht. Sie hätte den Leidensweg des im Januar 1982 geborenen zweiten Sohnes Benjamin, den Werg der Eltern ins Gefängnis verhindern können, aber ihr Standpunkt, ihre Haltung, diese praktisch unterlassene Hilfeleistung bleibt unbestraft, die jungen Leute kamen in mehr und mehr Schwierigkeiten.

Nur mit dem Arbeitslosengeld des jungen Vaters reichte es vorn und hinten nicht für die vier Personen. Oftmals mußte auch an Windeln und Nahrung gespart werden. Für die Babynahrung nahm die Mutter dann öfter Wasser statt Milch und notfalls *„einen Löffel Pulver weniger für die Fläschchen"*. Außerdem, so sagte sie beim Prozeß, auch sie hätte *„gerne einmal etwas Besseres gegessen"*. Um das Kind auch weiterhin stillen zu können, nahm Angela auch keine Pille, die Folgen sollte bald eine dritte Schwangerschaft sein.



Grafik von Clement Moreau (Carl Meffert) aus dem Jahre 1927 Wieder aktuell?

Als der kleine Benjamin im Juni 1982 wegen eines Oberschenkelbruchs ins Krankenhaus kam, hat wieder niemand etwas bemerkt, oder wollte nichts bemerken. Eine Krankenschwester sagte aus, sie habe einem Mitarbeiter des Jugendamtes, später — nach dem Tod des Kleinen — gesagt: *„Schon damals ist uns der schlechte Pflege- und Ernährungszustand aufgefallen. Wir haben überlegt, ob wir einen Sozialarbeiter einschalten sollten, das leider aber wieder vergessen."*

Ein Arzt, der heute nicht mehr in diesem Krankenhaus arbeitet, gab an, der Kleine mit dem gebrochenen Oberschenkel sei bei seiner Aufnahme total verdreckt gewesen. Alle anderen Ärzte haben nichts gemerkt. Auch nichts von Unterernährung, das Gewicht des Kindes habe allerhöchstens *„an der unteren Grenze des Normalgewichts gelegen"*. Überprüft wurde das aber nie — auf der Station gab es nämlich, wie sich herausstellte, gar keine Waage.

Der jungen Mutter wuchsen die Verhältnisse über den Kopf. Die dritte Schwangerschaft sollte auch durch eine Abtreibung beendet werden. Der betreffende Arzt hatte das aber wieder nicht richtig verstanden. *„Das sei offengeblieben"*, sagte er jetzt aus. Im März 1983 wurde das dritte Kind geboren, der Sohn Michael. Die mittlerweile 19jährige Mutter Angela kam nicht mehr klar. Obwohl die Ärzte bei der Entbindung Anzeichen *„deutlicher Unterernährung"* feststellten, konnte Angela noch am gleichen Abend das Krankenhaus verlassen. Vor Gericht begründete sie es, sie *„konnte die Kinder nirgendwo unterbringen und mein Mann wurde allein damit nicht fertig"*.

Die Folgezeit war schlimm. *„Ich hatte keinen Willen mehr zu putzen"*, sagte die junge dreifache Mutter, sie und die Kinder verwahrlosten, ihr fielen die Zähne aus.

Als der kleine Benjamin stark abgemagert war, und alles erbrach, was er zu sich nahm, ein Streit mit dem Ehemann dazukam, verfiel Angela wieder in Resignation. Am 6. April 1983 stellten die Eltern fest, daß der kleine Benjamin leblos in seinem Bettchen lag. Sofort liefen sie mit ihm in ein Krankenhaus — aber das Kind war schon tot.

Die Anklage wegen Totschlags, die vorsetzliches Handeln unterstellt, wurde fallengelassen, aber wegen fahrlässiger Tötung bekam die 19jährige Mutter zweieinhalb Jahre Jugendstrafe, der Vater zwei Jahre Gefängnis.

Keinerlei Konsequenzen hat die ganze Tragödie für all die anderen mehr oder weniger Beteiligten, für all die, die nicht sehen konnten oder wollten, was sich bei dieser jungen Familie entwickelte, keine Konsequenzen für Leute, die nach dem traurigen Ende dieser Geschichte, die einem Kind das Leben kostete und die Eltern ins Gefängnis brachte, sagen: „Für mich gibt es keine Indikation". Man könnte darüber streiten, wie weit hier noch anderes hineinspielt. Die Unkenntnis von Stellen wie „pro familia", der mangelnde Wille, sich aus einer solchen erdrückenden Lage zu befreien — Fakt aber bleibt, daß Behörden, Gesundheitswesen und die Justiz hier ein schreckliches Beispiel menschenverachtenden Alltags in der Bundesrepublik 1983 gegeben haben.

Die Leibesfrucht spricht

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Ich soll wachsen und gedeihen; ich soll neun Monate schlummern; ich soll es mir gut sein lassen — sie wünschen mir alles Gute. Sie behüten mich. Sie wachen über mich. Gnade Gott, wenn meine Eltern mir etwas antun; dann sind sie alle da. Wer mich anrührt, wird bestraft; meine Mutter fliegt ins Gefängnis, mein Vater hintennach; der Arzt, der es getan hat, muß aufhören, Arzt zu sein; die Hebamme, die geholfen hat, wird eingesperrt — ich bin eine kostbare Sache.

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Neun Monate lang.

Wenn aber diese neun Monate vorbei sind, dann muß ich sehn, wie ich weiterkomme.

Die Tuberkulose? Kein Arzt hilft mir. Nichts zu essen? keine Milch? — kein Staat hilft mir. Qual und Seelennot? Die Kirche tröstet mich, aber davon werde ich nicht satt. Und ich habe nichts zu brechen und zu beißen, und stehle ich: gleich ist ein Richter da und setzt mich fest.

Fünfzig Lebensjahre wird sich niemand um mich kümmern, niemand. Da muß ich mir selbst helfen.

Neun Monate lang bringen sie sich um, wenn mich einer umbringen will.

Sagt selbst:

Ist das nicht eine merkwürdige Fürsorge —?

Kurt Tucholsky, 1931

Neue Attacken auf den § 218

Aktionen am 3. Dezember

Immer häufiger werden Anzeichen aus Bonn, daß wesentliche Elemente der bisherigen Regelung des § 218 der rechtskonservativen Wendepolitik und auch dem Rotstift zum Opfer fallen sollen. Trotz einiger erneuter Dementis aus Geißlers Ministerium ist offensichtlich der erste Schritt die Aufhebung der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen.

Die erzkonservative Katholische Nachrichtenagentur KNA meldete in der vergangenen Woche unter Berufung auf Kreise einer **„interministeriellen Kommission zur Verbesserung des Schutzes ungeborenen Lebens und der Mütter"**, daß in Kürze mit einer Neuregelung der Finanzierungsvorschriften bei Schwangerschaftsabbrüchen zu rechnen sei. Danach sollen nicht mehr die Krankenkassen, sondern ein neu einzurichtender Fond für entstehende Kosten aufkommen.

Dieser Fond soll mit 70 Millionen Mark ausgerüstet werden. Wie unter welchen Bedingungen aber überhaupt Schwangerschaftsabbrüche dann bezahlt werden, ist noch völlig offen. Zwar hat die CDU diese Pläne dementiert, die KNA jedoch bestätigte, sie habe diese Informationen, die auch von der „Bild"-Zeitung verbreitet werden, direkt von einem Mitglied der Kommission.

Offiziell gibt man sich in Bonn nicht nur bei den Regierungsparteien abwartend. Alles wartet auf ein in Karlsruhe anstehendes Urteil, über die Zulässigkeit der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen. Erst danach will man weitersehen. Vorbereitet ist man aber:

52 Bundestagsabgeordnete der Union unterstützen mittlerweile eine Initiative, die von 24 CDU-Parlamentariern gegen die Koalitionsabsprache von CDU/CSU/FDP vorgelegt wurde. Danach sollen die Bedingungen für Abtreibungen und die Finanzierungsbedingungen für Abtreibungen geändert werden. Geändert zum Nachteil der Frauen. Der relative Erfolg der langen Kampagne für die vollständige Abschaffung des § 218 — ein Reformprodukt der sozialliberalen Regierung — soll wieder rückgängig gemacht werden. In kleinen Schritten, heimlich still und leise. Über Gerichtsurteile einer Hetzkampagne der katholisch-klerikalen Reaktion werden langsam die Voraussetzungen geschaffen. Anlaß genug, auch wieder den Kampf für die Rechte der Frauen, für die jetzigen geltenden Regelungen und den Ausbau dieser Regelungen bis zur vollständigen Abschaffung dieses Paragraphen aufzunehmen.

Für Anfang Dezember haben verschiedene Frauenorganisationen und Gruppen zu Protestaktionen aufgerufen. Am 3. Dezember soll vor allem gegen den Gesetzentwurf der 52 Abgeordneten der Union protestiert werden. In Freiburg z. B. ist es gelungen, ein Bündnis zwischen verschiedenen linken Gruppen sowie autonom und gewerkschaftlich organisierten Frauen zu schaffen, das an diesem Tage symbolisch die Universitätsfrauenklinik besetzen will.

